

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Österreich, Ungarn, Luxemburg 4.50 Reichsmark. Für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Kassenkammer“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Notwörter“ und „Bild in die Arbeiterwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 21. Januar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertriebsstellen: Berlin 17 134 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 61; Distrikts-Geschäft, Dönhoffstraße 2.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumverteilung 80 Pfennig, Restausgabe 60 Pfennig. Kleine Anzeigen des Festabendes Wort 25 Pfennig (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 13 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Dönhoffstraße, abgegeben werden. Gedruckt von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Marx - Kanzler des Bürgerblocks!?

Hindenburg fordert ihn auf, eine Rechtsregierung zu bilden. - Die Entscheidung des Zentrums vertagt.

Unförmlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat gestern Nachmittag das nachstehende Schreiben an den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die außen- und innenpolitische Lage des Reiches erfordert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regierung wird am erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Einschluß der Linken ist, zurzeit wenigstens, nicht möglich; der Versuch zur Schaffung einer nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist gescheitert. Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichskanzler, das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstags mit äußerster Beschleunigung zu übernehmen.

Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kommenden Fraktionen des Reichstags, persönliche Bedenken und Verhinderungen der Ausschüsse im Interesse des Vaterlandes beiseite zu stellen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer Führung zusammenzuschließen und sich hinter eine Regierung zu vereinigen, die entschlossen ist, nicht für und nicht gegen einzelne Parteien, sondern gegen die Verfassung für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten.

Diese neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher Weise wie andere Staatsnotwendigkeiten, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren, und in dem Bestreben, dem gesamten deutschen Volke in all seinen Schichten zu dienen, die vor uns stehenden wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben lösen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung bin ich
Ihr ergebener
gez. v. Hindenburg.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags gab, nachdem im Laufe des Nachmittags mehrfach Sitzungen des Fraktionsvorstandes und der Gesamtkonferenz abgehalten worden waren, am späten Abend folgende Mitteilung heraus:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am heutigen Abend Berichte über die Regierungsbildung entgegengenommen. Sie erblickt in dem Scheitern der von ihr mit allem Ernst angestrebten Regierung der Mitte eine bedenkliche Verwicklung der politischen Lage. Damit ist ein Zustand geschaffen, der große staatspolitische Gefahren in sich schließt und länger nicht verantwortet werden kann. Der erneute Ruf an die Zentrumsfraktion, die Regierungsbildung führend zu beschleunigen, stellt die Fraktion vor eine überaus verantwortliche Aufgabe. Bei der Inangriffnahme dieser Aufgabe legt die Fraktion Wert darauf, dem Lande gegenüber ihre außen- und innenpolitischen Grundlinien unter Berücksichtigung der neu geschaffenen Lage klar herauszustellen. Zu diesem Zweck wird die Fraktion am Freitag wieder zusammentreten.“

Die Mittelmasse der Zentrumsfraktion ist das Ergebnis langer und stürmischer Beratungen der Zentrumsfraktion, die zeitweilig unterbrochen wurden, um dem Fraktionsvorstand Gelegenheit zur Abfassung des oben wiedergegebenen Kommuniqués zu geben, das in seinen Grundlinien von der Fraktion beschlossen worden war. Das Kommuniqué wurde dann in kurzer Beratung von der Fraktion genehmigt.

Sein Wortlaut bedeutet nicht die Ablehnung der Aufforderung des Reichspräsidenten von vornherein. Es schafft ein Zwischenstadium. Einstweilen kann man sagen, das der Brief des Reichspräsidenten im Zentrum große Erregung hervorgerufen hat, und als eine äußerst unwillkommene Pression empfunden wurde. Der Widerstand gegen den Plan einer Rechtsregierung wurde dadurch zunächst stimmungsmäßig nur verstärkt. Vor einer sofortigen klaren Ablehnung schreckte man

Der Brief Hindenburgs.

Reichspräsident v. Hindenburg hat den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx aufgefordert, die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Parteien des Reichstags zu übernehmen. Der Reichspräsident hat an Herrn Marx ein Schreiben gerichtet, das eine politische Pression des Reichspräsidenten auf die Zentrumsfraktion darstellt, wie sie die Geschichte der deutschen Republik bisher nicht kennt. Der Reichspräsident fordert das Zentrum auf, die Führung des Bürgerblocks zu übernehmen. Er erklärt, daß diese bürgerliche Mehrheitsregierung aus innen- und außenpolitischen Gründen notwendig sei.

Den Vorwand für diese Pression gibt die Behauptung, daß die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Einfluß der Linken zurzeit wenigstens nicht möglich sei. Der Wille der Volkspartei, die sich geweigert hat, an einer Regierung der Großen Koalition teilzunehmen, ist für den Reichspräsidenten demnach unumstößliches Faktum. Der Reichspräsident tritt mit dieser Pression auf das Zentrum an die Seite des Herrn Scholz.

Eine gleiche Pression ist nicht auf die Fraktion der Deutschen Volkspartei ausgeübt worden.

Der Wille des Zentrums war auf Heranziehung der Sozialdemokratie gerichtet, der Wille der Deutschen Volkspartei auf Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung. Der Reichspräsident hat Partei genommen für den Willen der Deutschen Volkspartei.

Er achtet den Willen dieser Partei. Er achtet nicht den Willen des Zentrums. Die Zentrumsfraktion hat beschlossen und mehrfach bekräftigt, daß sie eine Regierung gemeinsam mit den Deutschnationalen aus gewichtigen Gründen nicht für möglich halte. Die Pression des Reichspräsidenten soll den Willen des Zentrums zerbrechen, damit der Wille der Deutschen Volkspartei triumphiere.

Die Weigerung des Zentrums, eine Regierung mit den Deutschnationalen zu bilden, war wohl begründet. Das Zentrum hatte innenpolitische und außenpolitische Bedenken. Es glaubte nicht an die Treue der Deutschnationalen zur Verfassung, es fürchtete eine Gefährdung des Kurzes der deutschen Außenpolitik. Ohne auf diese Bedenken einzugehen, fordert der Reichspräsident vom Zentrum die Bildung einer Rechtsregierung aus innenpolitischen und außenpolitischen Gründen, obwohl die Ereignisse der letzten Tage die gerechtfertigten Bedenken des Zentrums verstärkt haben.

Aus welchen außenpolitischen Gründen ist diese Regierung des Bürgerblocks notwendig? Die Erfahrung hat gelehrt, daß ein stetiger Kurs der deutschen Außenpolitik gemeinsam mit den Deutschnationalen nicht eingehalten werden kann, daß der Kurs der deutschen Außenpolitik schwankend und unsicher wird, wenn sie sich nicht auf die Parteien der Linken stützt.

jedoch zurück. Es wird also wieder und weiter verhandelt werden. Das Zentrum wird außen- und innenpolitisch Richtlinien aufstellen, und die Deutschnationalen werden genötigt sein, sich zu ihnen zu äußern. Freilich gibt es keinen Eid, den die Deutschnationalen nicht zu schwören bereit wären, wenn es sich für sie darum handelt, an die Macht zu kommen. Das Halten ist dann eine ganz andere Frage. Die Krise geht fort - noch weiß niemand, wie sie enden wird.

Die Minister des Bürgerblocks.

Im Reichstag nannte man gestern bereits die Minister des Bürgerblocks unter Marx. Sämtliche Minister würden beibehalten werden außer den demokratischen Ministern. Natürlich würde Gehler bleiben. Man räume als Ersatz für die ausscheidenden Minister und für Herrn Bell, der das Justizministerium ausüben und nur das Ministerium für die besetzten Gebiete beibehalten würde, die Deutschnationalen von C. Schneider-Milau, Dr. von Dryander und Dr. Wallraf. Drei deutschnationale Minister!

Die Berliner demokratische Presse erklärt, es sei selbstverständlich, daß sich die Demokraten an einem Bürgerblock unter Zentrumsführung nicht beteiligen würden, auch nicht in verhänglicher Form.

Für ebenso selbstverständlich hält sie es, daß Herr Gehler gegen den ausgesprochenen Willen seiner Fraktion dem Bürgerblock angehören würde.

Der Wille der Deutschen Volkspartei zur Rechtsregierung ist sachlich nicht begründet worden. Er entspringt der klassenkämpferischen Stimmung der Partei - von der Herr Stegerwald sagte, daß es nichts Reaktionsnäheres gäbe - gegen die Arbeiterschaft.

Wie feinerzeit in der Erklärung des Herrn Curtius, findet man im Briefe des Reichspräsidenten Worte, die die Anklage, die in dem Briefe des Bürgerblock liegt, von vornherein entkräften sollen. Das ist eine vorausgreifende Verteidigung der Klassenpolitik, die ein kommender Besitzbürgerblock seiner Natur nach treiben wird und treiben muß! Aus dieser Verteidigung spricht das Grauen derer, die einen Krieg erklären, dessen Folgen sie kennen. Der Brief des Reichspräsidenten erklärt, die neue Regierung solle, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die berechtigten Interessen der weiten Arbeitermassen wahren. Warum, wenn die Wahrung der berechtigten Interessen breiter Arbeitermassen zu den brennendsten innenpolitischen Problemen gehört, der demonstrative Ausschluß der Sozialdemokratie, der berufenen Vertreterin dieser Interessen, von der Regierungsbildung?

Es gilt, den Schloier dieser beruhigenden Worte zu zerreißen. Lösungen der Krise, der Arbeitslosigkeit, der sozialen Not, sind nur zu finden, wenn der Wille der Arbeiterschaft entscheidenden Einfluß gewinnt. Diese Lösungen heißen: Lohnerhöhung, Achtfundentag, Ausbau der Sozialpolitik. Das steht hinter allen Verhandlungen, die in den letzten Wochen um die Regierungsbildung geführt worden sind. Das hat die Taktik der Volkspartei in der Regierungskrise bestimmt. Ihr Ziel war eine Regierung des Klassenkampfes gegen die Arbeiterschaft. Mit aller Härte des Willens, die die Scharfmacher in ihrem Lager auszeichnet, hat sie den Bürgerblock erstrebt als Kampfregierung gegen die Sozialdemokratie, die Partei der Arbeiterschaft, und gegen die Arbeiterschaft als Klasse. Der Wille der Volkspartei zum Bürgerblock ist es gewesen, der jede andere Regierungsbildung vereitelt. Die Mehrheitsbildung unter Einbeziehung der Deutschnationalen ist darum ein Programm: ein Programm des Klassenkampfes des Besitzes gegen die Arbeiterschaft. Worte vom Wohl des Vaterlandes, wohlbekannte, oft mißbrauchte Worte, können darüber nicht hinwegtäuschen.

Der Reichspräsident hat den Kandidaten des Volksblocks, der im Kampf um die Reichspräsidentenschaft am 26. April 1925 alle republikanischen Stimmen auf sich vereinigte, er hat Herrn Marx aufgefordert, eine Regierung zu bilden, die ihrer Natur nach eine Kampfregierung gegen die arbeitenden, republikanisch gesinnten Volksmassen werden muß.

Das Zentrum berät. Aber ist die Antwort nicht auch eine eigene, persönliche Angelegenheit für Marx?

Der Lüttwich-Skandal.

Nicht nur Lüttwich, auch Ehrhardt Reichsrentenrät. Minister Brauns zur Rede gestellt. - Er zuckt mit den Achseln.

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wurde in der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt mit dem Kapitel Versorgungswesen zu Ende beraten. Bei den beiden Etatstellen, aus denen die ärztlichen Gutachter bezahlt werden, beantragte Genosse Hoch im Interesse der Geschädigten die Erhöhung um 175 000 bzw. 480 000 M. Er wies darauf hin, daß auf ihren Gutachten in erster Reihe die Erhebung der Versorgungsansprüche beruhe. Die Regierungsbereiter haben dringend um Annahme der Anträge, und führten für die Notwendigkeit, eine größere Zahl erfahrener Gutachter anzustellen, die Tatsache an, daß bei den Versorgungsstellen wegen Mangel an ärztlichen Gutachtern nicht weniger als 68 000 noch unerledigter Ansprüche sich aufgehäuft hätten. Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

Der Fall Lüttwich.

Beim Kapitel Reichsversorgungsgesetz bringt Genosse Dr. Rosenfeld die Forderung der Pension an den General v. Lüttwich zur Sprache und bezeichnet es als unerhört, daß die Republik diesem Hochverräter eine Pension auf Lebenszeit und nachträgliche Gehaltszüge bewilligt habe. Wie sei ein solches Urteil

Die gelbsüchtige Straßenbahn.

Sie häßlichet die Gelben und schikaniert die Gewerkschafter.

Durch die am Sonnabend voriger Woche vorgenommene Neuwahl der Betriebsvertretung bei der Straßenbahn ist an der bisherigen Zusammensetzung des Betriebsrates nichts geändert worden. Trotz angelegentlicher und lügenhafter Propaganda ist es den Gelben nicht gelungen, Mandate zu erobern. Immerhin ist aber der Ausgang dieser Wahl wert, die Verhältnisse bei der Berliner Straßenbahn einmal unter die kritische Lupe zu nehmen und der Öffentlichkeit zu zeigen, warum die Gelben überhaupt dort noch ihre Position behaupten können.

Es ist nicht nur die leider vorhandene Indifferenz der Betriebsratler der Straßenbahn gegenüber den freien Gewerkschaften, die diese nicht vollkommen das gewerkschaftliche Feld bei der Straßenbahn beherrschen läßt, sondern auch die Einstellung der Betriebsleitung gegenüber den Gelben und deutschvölkischen in Betrieben. Wir machen schon in unserer Abendausgabe vom 13. dieses Monats auf die bunten Beziehungen zwischen der Betriebsleitung der Straßenbahn und den Gelben aufmerksam, die zeigen, daß die Betriebsleitung bewußt die gelbe „Gewerkschaft“ wie auch die deutschvölkische Wertsporbewegung aufpufft. Es steht fest, daß die Betriebsleitung der Straßenbahn den Gelben nicht nur Mittel zur Anschaffung einer schwarzwälderischen Fahne bewilligt hat, sondern sogar Gebühre bezahlte, die bei Veranstaltungen der Gelben verwendet sind. Es steht weiter fest, daß Angestellte der Verwaltung — die eigentlichen Inspirateure bleiben im Hintergrund — mit dem Führer der Gelben, Buttgerer, bei Bahnbesprechungen zusammengekommen sind, um zu beraten, wie man den um ihre Existenz kämpfenden Betriebsratler und Arbeiter in den Rücken fallen kann. Man hat sich nicht scheut, bewährte Spitzel in die Versammlungen der freien Gewerkschaften zu schicken.

Bei der letzten Bahnbesprechung ließen sich höhere Verwaltungsbeamte um Verhandlungen nachsuchenden Vertretern der freien Gewerkschaften gegenüber verlegen, hatten aber genügend Zeit, mit den Gelben über Löhne und soziale Einrichtungen zu verhandeln, obwohl die Gelben gar keine Tarifkontrahenten sind. Es sind überhaupt Zustände eingetreten, die sich von denen der Vorjahrszeit durch nichts unterscheiden. Genau wie vor dem Kriege werden heute freigewerkschaftlich und politisch organisierte Straßenbahnarbeiter von den Dienststellenleitern und Jahreshilfskontrollen beschikant und schikaniert. Mit rücksichtsloser Brutalität werden die Betreffenden, die für ihre Überzeugung eintreten, beim geringsten Mißbehagen oder in einen anderen Dienstzweig versetzt, in dem die Bezahlung geringer ist.

Den Gelben werden solche Feinheiten nicht angekreidet, man läßt ihnen im Gegenteil manche Dienstleistungen

zusammen. Daß dagegen ausgerechnet solchen Straßenbahnarbeitern, die als freigewerkschaftlich organisiert oder Anhänger einer Arbeiterpartei bekannt sind, allerlei Erschwerungen aufgeschüttet werden, wird immer als ein „Berühren“ bezeichnet. Verschärfen des Dienstes wird glatt mit Entlassung bestraft, trotzdem das Verbot in fast allen Fällen auf die kaum glaubliche Einteilung des Dienstplans zurückzuführen ist. Daß diese Dienstplaneinteilung von jungen, im Straßenbahnbetriebe unerfahrenen Leuten und nicht den örtlichen Verhältnissen entsprechend vorgenommen wird, ist den Straßenbahnarbeitern unverständlich. Die Wünsche des Personals, die Dienstplaneinteilung unter Hinzuziehung der Arbeitervertretung der betreffenden Bahnhöfe vorzunehmen, wurde bisher aus angeblichen Sparmaßregeln abgelehnt.

Während man hier auf Kosten der Gesundheit des Personals spart, nimmt man es bei der Unterstützung der gelben Sportbewegung mit der Sparfamkeit nicht so genau. Bei aller Anerkennung der Sportbewegung muß doch gesagt werden, daß bei dem Wertsporbewegung der Straßenbahn wie bei allen ähnlichen Gebilden nicht das Sporttreiben die Hauptsache ist, sondern die Züchtung von völkischen Schuttruppen.

Die Straßenbahnarbeiter gebrauchen in erster Linie mehr Lohn, achtstündige Arbeitszeit und menschenwürdige Behandlung. Durch die oft elf- und mehrstündige Arbeitszeit, die überaus kurz bemessenen Fahrzeiten und den beständigen Aufsturm der Fahrgäste ist für Körperbewegung schon überaus reichlich gesorgt, so daß die Straßenbahnarbeiter nach beendetem Dienst kein anderes Verlangen mehr haben, als ihre Glieder zu ruhen.

Daß sich solche Zustände bei der Berliner Straßenbahn entwickeln konnten, ist wohl zum Teil auf die allomneten wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht zuletzt aber auf die Gleichgültigkeit eines großen Teiles der Straßenbahner selbst zurückzuführen. Wenn sie in ihrer Gesamtheit den Wert des Zusammenchlusses in den freien Gewerkschaften erkennen würden und nicht noch zum Teil den Sirenengefängen und Unterrufen der gelben Liebhaber der Betriebsleitung folgen würden, wie es bei der Betriebsratswahl leider noch geschehen ist, hätten diese skandalösen Zustände bald ein Ende. Wenn die Straßenbahner wollen, daß die übrige organisierte Arbeiterchaft nicht mittel- und verächtlich zugleich auf sie herabsehen soll, wenn sie nicht nur ins Hoch eingepaßten Arbeitstiere, sondern in freierer Luft atmende Kulturmenschen sein wollen, dann müssen sie endlich jedes Parteilert mit den Gelben aufgeben und sich redlich zusammenschließen in den freien Gewerkschaften zum Kampf für ein freies Rechtstum.

Der Betriebsleitung aber muß einmal gründlich klar gemacht werden, daß sie mit ihrer skandalösen Gelbeswerkschaft nicht länger mehr die große Masse der Berliner Bevölkerung brüsten darf!

Der Meister ohne Arbeit.

Der Lehrling kann sehen, wo er bleibt.

Ein kleiner Schlossermeister, der schon seit längerer Zeit nicht so viel Arbeit hat, um seinen Lehrling zu beschäftigen, und dem deshalb die Zahlung des Kostgeldes an den Lehrling eine unentrichtliche Last schien, glaubte sich seinen Verpflichtungen gegen den Lehrling dadurch entziehen zu können, daß er denselben aussetzen ließ. Dieser Zustand dauert bereits ein halbes Jahr. Das rückständige Kostgeld war inzwischen auf 168 M. angewachsen. Um die Zahlung dieses Betrages klagte der Vater des Lehrlings beim Gewerbeamt. Der Meister erklärte, er könne nicht zahlen, er befände sich in einer bedrängten Lage, habe gar keine Arbeit und beziehe Erwerbsloseneinstützung. Dagegen lege der Vater des Lehrlings in so günstigen Verhältnissen, daß er das Kostgeld für seinen Sohn, der übrigens der erwerbsfähigen Mutter helfe, entbehren könne. — Der Beklagte wurde zu der durch den Behördevertrag begründeten Zahlung des Kostgeldes verurteilt, da vertraglich eingegangene Verpflichtungen erfüllt werden müssen und das Gericht auf etwaige Zahlungsunfähigkeit keine Rücksicht nehmen dürfte.

Zu diesem Falle, der wohl in der jetzigen Zeit wirtschaftlicher Not nicht vereinzelt dastehen mag, ist zu sagen, daß beide Teile nicht richtig gehandelt haben. Wenn der Meister infolge von Mangel

an Arbeit nicht mehr die Möglichkeit hat, den Lehrling auszubilden, dann hätte er sowohl wie der Vater auf eine anderweitige Unterbringung des Lehrlings bedacht sein müssen. Es ist doch nicht das Wichtigste, daß der Lehrling jede Woche sein Kostgeld heimbringt, sondern daß er im Handwerk ausgebildet wird. Deshalb wäre die Befreiung einer anderen Lehrstelle wichtiger gewesen als ein Urteil, das dem Vater des Lehrlings 168 M. zuspricht, die er, wenn die Lage des Meisters so schlecht ist, wie dieser sie darstellte, schwerlich bekommen dürfte. Die Annungen verlagern in diesen Fällen einfach. Anstatt derartige Fälle von sich aus zu verfolgen, unterstützen sie ihre Mitglieder noch in dem Auslegungsamt. Was aus den Lehrlingen dabei wird, das ist nicht ihre Sorge.

Die Überstundenwirtschaft in Magdeburg.

Der Ortsausschuß des I.D.G.B. Magdeburg hat für die Zeit vom 13. bis 15. Dezember 1928 eine Umfrage über die Überstundenleistungen veranstaltet. Erfolgt wurden 538 Betriebe, darunter 400 Kleinbetriebe und 130 industrielle Betriebe. Das Ergebnis der Umfrage ist geradezu erschreckend. In einer Woche wurden in 538 Betrieben mit 11 603 beschäftigten Arbeitern 49 945 Überstunden geleistet. Wohlgemerkt Überstundenarbeit, die über die

tarifliche Arbeitszeit von 53 bzw. 54 Stunden der Woche hinausgeht. Die Gesamtzahl der über die 48stündige Arbeitswoche hinaus geleisteten Überstunden würde für 11 603 beschäftigte Arbeiter 107 960 betragen.

Wo bleiben da die Gewerbeaufsichtsbeamten? Wo bleibt der Staatsanwalt? Was sagt der Reichsarbeitsminister zu diesem Skandal.

Tarifbindung in der Metallindustrie.

Die Bochumer Bezirksverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat beschlossen, den am 28. Februar abzulaufenden Lohnvertrag für die Metallindustrie Nordostgruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, zu kündigen und den veränderten Verhältnissen entsprechend Erhöhung der geltenden Löhne zu fordern.

Die Generalstreikdebatte in England.

London, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die von der gesamten englischen Arbeiterpartei mit großer Spannung erwartete außerordentliche Konferenz der Gewerkschaftsoberstände zur Besprechung des Generalstreiks trat am Donnerstag in London zusammen. Es waren 1200 Delegierte als Vertreter von 450 Gewerkschaften, mit einer Gesamtmitgliedszahl von etwa 4 Millionen Mitgliedern, anwesend. Die Arbeiterpartei war durch MacDonald und eine Reihe anderer führender Männer vertreten.

Die Vormittags Sitzung war mit einer Vorlesung des internationalen sogenannten Geheimberichts des Kongresses, ausgefüllt. In der Nachmittags Sitzung wurde die Stellungnahme der Bergarbeiter in einer Rede des Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes Smith dargestellt. Die Hauptanliegenpunkte seiner Rede gegenüber dem Generalrat waren folgende:

1. Daß der Generalrat bei verschiedenen Gelegenheiten über den Kopf der Bergarbeiter hinweg verhandelt habe. 2. Daß der Abbruch des Generalstreiks erfolgt sei, ohne daß der Generalrat eine Sicherung hinsichtlich der Durchsetzung des sogenannten Sammelhaften Memorandum gehabt habe. 3. Daß beim Abbruch des Generalstreiks von dem Generalrat der Gewerkschaften nichts unternommen worden sei, um die Maßregelung der Arbeiter zu verhindern.

Smith schloß mit der Feststellung, daß er als Führer der Bergarbeiter unter ähnlichen Verhältnissen wie in den vergangenen acht Monaten genauso handeln würde. Auf Smith folgte der Eisenbahnerführer Thomas, der in seiner Rede die Führung der Bergarbeiter durch Coak aufs schärfste angriff. Das Wort nahm sodann Coak. Seine Rede ging auf die Aufgabe gegen den Generalrat, sich um die entscheidenden Punkte herumzudrehen. Er appellierte an die Konferenz, auf Ablehnung oder Annahme zu verzichten und die Entscheidung den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu unterbreiten.

Der Konferenz wurden zwei Resolutionen vorgelegt, eine, die die Annahme des Berichts, das ist ein Vertrauensvotum für den Generalrat, fordert, und eine zweite Resolution, welche im Sinne der Vorschläge von Coak die Entscheidung den Massen überlassen will. Die geschäftsordnungsrechtliche Zulässigkeit der zweiten Resolution wurde jedoch bestritten. Die Konferenz, die bisher kein wirklich entscheidendes neues Material über die Umstände, die zum Abbruch des Generalstreiks geführt haben, gebracht hat, verzichtete sich hierauf auf Freitag. Das Vertrauensvotum für den Generalrat dürfte, wenn auch gegen eine erhebliche Minderheit, Annahme finden.

Jugendgruppe des I.D.G.B. Heute, Freitag, 7½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: Elternabend im Grotte-Franfurter Str. 16, Zimmer 2; Besprechung über die Jugendarbeit und den Arbeitskreis. — **Gedächtnisabend** (Bühnenarbeit) 7-11 Uhr, im Saal des ... — **Spensant** (Jugendklub) ... (Saal des ...)

Freie Gewerkschaften Heute, Freitag, 7½ Uhr, sollen die Gewerkschaften ... (Saal des ...)

Preis-Gewinnspiele Heute, Freitag, 7½ Uhr, sollen die Gewerkschaften ... (Saal des ...)

Preis-Gewinnspiele Heute, Freitag, 7½ Uhr, sollen die Gewerkschaften ... (Saal des ...)

Berufsmittel für ... (Saal des ...)

WERTHEIM Billige Lebensmittel

Leipziger Str.	Königstraße	Rosenthaler Str.	Moritzplatz	Soweit Vorrat.	Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.
----------------	-------------	------------------	-------------	----------------	--

Grüne Heringe 5 Pfd. 60 Pf.	Gänse gefroren Pfd 78 Pf. 85 Pf.	Kaliforn. Apfel Kiste ca. 45 Pfd. 14 15 brutto
Dorsche Pfd 12 Pf.	Hasen gestrielt und ausgeworfen, Pfd 1 M 1 15	Pastorenbirnen Pfd 20 Pf.
Kabeljau o. Kopf ganze F. 33 u 38 Pf.	Suppenhühner frisch geschleht, Pfd. v. 1 15 an	Graue Renetten Pfd 20 Pf.
Rotbarse o. Kopf, Pfd. 35 Pf.		Tafeläpfel kahl, Pfd 32 Pf. 40 Pf.
Makrelen-Bücklinge Pfd 32 Pf.	Frisches Fleisch	Messina Apfelsinen Kiste 100 u. 150 Stk. 9 15
Sprotten Pfd 38 Pf.	Kalbsskamm u. Brust Pfd 75 Pf.	Möhren gewaschen, Pfd 5 Pf.
Fettbücklinge . Pfd 42 Pf.	Kalbsnierenbraten Pfd 80 Pf.	Rot- u. Weißkohl Pfd 6 Pf.
Rotbarse l. Stücken, Pfd. 48 Pf.	Hammel dicke Rippe und Brust, Pfd 86 Pf.	Sellerie . . Pfd 9 Pf. 15 Pf.
Tafelbutter Pfd 1 84 1 92	Schweinebauch u. Rücken mit Bellage, Pfd 90 Pf.	
Dänische Butter Pfd 2 M	Schweine-Schinken Blatt u. Kamm, Pfd 1 04	Deutscher Speck seit Pfd 1 30 mager Pfd. 1 45
Margarine . . Pfd 58 Pf.	Schmorfleisch u. Roastbeef mit Knoch., Pfd 95 Pf.	Landleberwurst Pfd 1 20
Stangenkäse schlesischer . . Stück 10 Pf.	Liesen Pfd 80 Pf.	Rotwurst Pfd 1 20
Limburger Stang. Pfd. 62 Pf.	Käbler, Speer u. Kamm . . Pfd 1 20	Jagdwurst . . . Pfd 1 50
Holländer . . . Pfd 82 Pf.	Prima Talg selbstausgelaugt Pfd 55 Pf.	Schinkenpolnische . 1 50
Harzer Kiste ca. 3/4 Pfd. 1 65	Prima geirrenes Ochsenfleisch	Schinkenspeck Pfd 1 65
	Suppenfleisch Pfd 55 Pf.	
Konserven	Kamm u. Brust Pfd 60 Pf.	Wein
Schnitt- und Brech-	Schmorfleisch mit Knochen Pfd 70 Pf.	Preise für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas
bohnen I. Sorte 80 Pf.		San Antonio milder Rotwein 1 M
Junger Spinat 50 Pf.	Gebrannt. Kaffee Pfd 2 40 b. 4 60	Tarragona Rot süß, vorzügliche Qualität 1 10
Junge Erbsen 70 Pf.	Weißer Bohnen Pfd 15 Pf.	Alter Maiaga Golden oder Dunkel 1 60
Junge Erbsen mittelgroße 88 Pf.	Bruch-Reis Pfd 21 Pf.	Jamaika-Rum-Verschnitt * * * 48 Vol. Prozent 4 10
Leipziger Allerlei 85 Pf.	Weizenmehl Pfd 24 Pf.	Weinbrand-Verschnitt * * * extra 2 90
Junge Erbsen mit Karotten 70 Pf.	Weizengrieß Pfd 26 Pf.	Feiner Fruchtwein Johannisbeer-, Stachelbeer- und Heidelbeerwein, süßer Cyder 0 90
Gemischt-Gemüse fein 1 50	Rindfleisch 1/2 D. 78 Pf. 1 35	
Pfefferlinge 82 Pf.		Besondere Gelegenheit
Stachelbeeren extra . . 1 M	Kartoffelmehl Pfd 28 Pf.	1923 Grünstadter Berg sarter Pinardwein . . 1 15
		1922 Trabener Wurzgarten würziger Mosel 1 20
Konfitüren	Saucen Braten, Tomaten, Pilz, Gulasch, Sardellen, Kapern, Würfel 12 Pf.	1921 Villanyer Burgunder Wachst. Rivant y ungar. Rotwein 1 40
Sandgebäck 1/4 Pfd 25 Pf.	Dollkateß-Suppen verschied. Arten, 2 Teller 16 Pf.	1915 Rüdeshelmer Engerweg und Oberfeld Wachst. um Flach, alter Rheingauer 1 30
Borkenschokolade Kart., Inh. ca. 75 Gr. 35 Pf.	Böfckorn gekörnte Fleischbrühe Dose 60 Gr. 65 Pf.	9 Sorten Wein u. Spirituosen vom Faß
Sahne-, Vollmilch-, Speise-Schokolade 3 Tafeln à 100 Gr. 1 10	Echte Fleischbrüh-Würfel Dose 10 Stück 40 Pf.	

Nachklänge zum Düppelkauf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Untergrundbahn nach Dichtenberg.

Den Bau der Untergrundbahn nach Dichtenberg genehmigte gestern die Stadtverordnetenversammlung nach dem Vorschlag des Ausschusses, und zwar ohne nochmalige Erörterung. Dagegen gab es längere Auseinandersetzungen noch bei der Nachtragsvorlage zum Ankauf des Gutes Düppel, die aus dem Ausschuss zurückkam. Hier hielt Genosse Dr. Lohmann erneute Arbeitrechnung mit Stadtrat Busch, dem Grundstücksbelegenen des Magistrats, daß die Nachtragsvorlage überhaupt nötig wurde, ist Schuld des Herrn Busch, der über einen der wichtigsten Punkte die Stadtverordneten in der von ihm ausgearbeiteten Vorlage im Unklaren gelassen hatte. Wie die sozialdemokratische Fraktion sich künftig zu ihm stellen will, sagte Genosse Adolph Hoffmann ihm mit aller Rückhaltlosigkeit. Der gestern gefasste Stadtverordnetenbeschluß bedeutet übrigens noch nicht den endgültigen Erwerb, sondern nur ein Kaufangebot der Stadt. Wie die Gegenpartei, der Vermittler Hiller, sich dazu verhalten wird, muß abgewartet werden.

In der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurde nach der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten die zweite Beratung der Vorlage über den Bau der

Untergrundbahn nach Dichtenberg

vorgenommen. Genosse Krille berichtete von den Verhandlungen des Ausschusses, der die Annahme der Vorlage empfahl. Schwarz (D. Sp.) gab namens seiner Freunde die Erklärung ab, daß sie der Vorlage nicht zustimmen könnten, ehe nicht ein eingehender Finanzierungsplan vorliege. Die Bitte des Hauses stimmte dem Ausschussbeschluß zu, nach dem mit dem Bau sofort begonnen werden soll und wegen der Finanzierung vom Magistrat alsbald eine Vorlage erwartet wird. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Bewilligung weiterer Mittel zur Fortführung der Schulkinderbelegung forderte, wurde angenommen.

Nochmals die Grippe!

Die bei dem gegenwärtigen Wetter unausbleiblichen Erkältungskrankheiten, die von einer sensationlistischen Presse zu einer „großen Grippeepidemie“ aufgebaut wurden, gaben den Kommunisten Veranlassung, in mehreren Anträgen allerlei Maßnahmen gegen die Erkrankungen zu fordern. Der Stadtmedizinalrat Prof. Dr. v. Drigalski bekräftigte seine Ausführungen von voriger Woche auf das nachdrücklichste, indem er die Grippeepidemie als ein Gemisch von Erkältungskrankheiten und von Influenza bezeichnete, die bei dem seit Monaten herrschenden schlechten Wetter absolut nichts Außergewöhnliches sei. Die Nachrichten über eine Grippeepidemie, die aus Spanien und Frankreich im Anzuge sei, seien von der hygienischen Abteilung des Völkerbundes nach eingehenden Untersuchungen als Totarennachrichten bezeichnet worden und alle Anzeichen in Deutschland lassen diese Kennzeichnung als richtig erscheinen. So bald das Wetter wieder besser sein wird, werden auch die Erkältungskrankheiten verschwinden und damit die Ausbreitung in der Bevölkerung. Der Stadtmedizinalrat gab dann noch den guten Rat, die Bevölkerung möge im Verkehr miteinander ein wenig mehr Vorsicht üben. An Orten, wo größere Menschenmassen zusammen seien, in der Straßenbahn und in der Hochbahn, huste und niehe man sich gegenseitig ohne jede Rücksichtnahme an und wundere sich dann, daß sich die Erkältungskrankheiten ausbreiten. Im übrigen teilte der Redner mit, daß sich die bisher getroffenen Maßnahmen als durchaus genügend erwiesen. Angenommen wurde lediglich der Antrag der Kommunisten, der Schutzmaßnahmen für das Krankenpflegepersonal forderte. Ein weiterer Antrag, der allerlei „umfangreiche“ Maßnahmen zur Abwehr des „Umfangreichen“ der Grippe“ forderte, wurde mit Rücksicht auf die wiederholten Erklärungen des Stadtmedizinalrats abgelehnt. — Eine längere Debatte gab es dann bei der Beratung der Ausschlußbeschlüsse wegen des

Ankauf von Düppel-Dreilinden.

Nach der Berichterstattung durch den Genossen Gussmann, erhob Genosse Lohmann nochmals Beschwerde über die mehr als merkwürdige Behandlung der ganzen Kaufangelegenheit durch den Magistrat und das Grundstücksbezernat des Stadtrats Busch. Die Sozialdemokraten würden dem Ankauf gern auch in der zweiten Beratung zustimmen, sind aber nicht in der Lage, auf etwa noch einmal abgeänderte Bedingungen durch den Verkäufer einzugehen. Stadtr. Mertens (Dem.) stellte einige Anfragen an den Magistrat in der Angelegenheit. Er fragte, ob es richtig sei, daß der derzeitige Pächter von Düppel, Bernau, Ruhehaber seines Pachtvertrages bleibe, so daß also über das Gut Düppel Berlin vorläufig nicht verfügen könnte. Mertens fragte weiter, ob es wahr sei, daß aus dem Gelände ein Areal von 200 Morgen herausgenommen sei und zur Parzellierung verwandt wurde? Stadtrat Busch teilte mit, daß allerdings der Pächter dableibe, und zwar für die Anzahl von Jahren, die sein Vertrag noch gelte und daß er pro Morgen und Jahr einen halben Zenner Roggen Pacht zahle. Auf dem Parzellengelände sähen die Siedler bereits seit Jahren, diese könnten natürlich Anspruch auf den ihnen zustehenden Rechtschutz erheben. Allerdings verheimlichte die ursprüngliche Vorlage in dieser Hinsicht absolut nichts.

Nach längerer Ausführungen der Stadtr. Schwenk (Komm.), Dethleffen (Nat.), Bief (Z.) und Schwarz (D. Sp.), der die Vorlage ablehnte, erhob Stadtr. Genosse Hoffmann an den Magistrat die Forderung, daß bei den noch nötig werdenden Verhandlungen wegen des Kaufabschlusses nicht wieder Stadtrat Busch mitwirke, gegen den, wie bereits zum Ausdruck gebracht sei, die sozialdemokratische Fraktion schwerste Bedenken habe, sondern andere Unterhändler. Der Oberbürgermeister Böß bemerkte dazu, daß für die Verhandlungen bereits ein besonders sachverständige Kommission vom Magistrat eingesetzt sei. In der Abstimmung wurde dann der vom „Vorwärts“ bereits gestern abend mitgeteilte Beschluß des Haushaltsausschusses gutgeheißen. — Die Wirtschaftsparteier hatten im Oktober v. J. einen Antrag gestellt, nach dem ein Vertrag aufgehoben werden soll, der den Bezug von Bekleidungsstücken für die Vorgesorgerechtigten durch die Firma Skarrel vorschreibt. Stadtr. Schaldach (D. Sp.) betonte, daß der Antrag unerfüllbar sei, da geschlossene Verträge gehalten werden müßten. Die wahren Absichten der Wirtschaftler bei der Einreichung ihres Antrages enthielt Genosse Heitmann: Er trat ebenfalls dafür ein, daß die Verträge gehalten werden. Zudem bestehen keinerlei Bedenken gegen die Firma Skarrel. Sie habe bisher taufmännisch einwandfrei gearbeitet und in bezug auf die von ihr gewährten Lohn- und Arbeitsbedingungen lägen keine Differenzen vor. Seit Jahren sei die Firma durchaus tarifreu, jedenfalls tariftreuer als andere Firmen, die sich an Stelle von Skarrel setzen möchten. Genosse Heitmann brachte eine Anzahl von Briefen dieser Firmen zur Verlesung, die das einwandfrei bewiesen. Stadtr. Gaebel (Komm.) betonte, daß von einer Aufhebung der Runderversorgung, die den Bezug der Kleidungsstücke regelt, keine Rede sein könne. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Linken abgelehnt.

Große Bahnhofspläne am Wannsee.

Fußgängertunnel zum Dampfer.

Der Bahnhof Wannsee, für den Berliner Hauptausgangspforte zu Ausflügen in die westliche Umgebung, soll in diesem Jahre von Grund auf umgestaltet werden. Bei dem starken Verkehr, der sich hier an den Sonntagen und auch an Wochentagen, besonders Sonntags, entwickelte, konnte man von einer geregelten Verkehrsabwicklung kaum noch sprechen. Ferner war das Umsteigen zwischen den Zügen der Wannseebahn und der Stadtbahn sowie den Fern- und Vorortzügen nach Beetz-—Sangerhausen treppauf, treppauf recht un bequem. Hier wird der Umbau besonders für den bedeutenden Umsteigerverkehr zwischen Stadtbahn

und Wannseebahn eine angenehme Erleichterung schaffen. Der mit der Wannseebahn von Berlin ankommende Reisende kann dann auf demselben Bahnsteig in den von der Stadtbahn kommenden Potsdamer Vorortzug zur Weiterfahrt einsteigen. In der umgekehrten Richtung von Potsdam geht das Umsteigen auf dem zweiten, danebenliegenden Bahnsteig in der gleichen bequemen Weise vor sich. Ein dritter, sich weiter anschließender Bahnsteig dient dem Verkehr für die Vorortzüge nach Beetz und für die Fernzüge der Behlener Bahn, während die Vorortzüge nach Stahnsdorf-Friedhof auf dem ersten Bahnsteig abfahren bzw. auf dem zweiten Bahnsteig ankommen, so daß für diese Verbindung das Umsteigen gleichfalls sehr bequem ist. An Stelle des alten, seitlich neben dem Zugang liegenden Bahnhofsgebäudes wird ein vollkommen neues Empfangsgebäude aufgeführt, dessen geräumige Eingangshalle unmittelbar in den Zugangstunnel zu den Bahnsteigen führt. Die im Grundriß achteckig gestaltete Eingangshalle erhält drei vereinigte Fahrkarteneingänge und Sperren, sogenannte „Bastimeter“, die in ähnlicher Ausführung bereits auf den Berliner Schnellbahnen teilweise eingeführt sind, und außerdem etwa acht Refektorialer, die bei starkem Andrang geöffnet werden. Westlich der Eingangshalle liegen die Restaurations- und Warteräume, nach Osten sind die Räume für die Gepäcksfertigung und den Bahnhofsdiens angeordnet. Die Lage der neuen Bahnsteige, in der gleichen Höhe wie die zurzeit bestehenden, ist so gewählt, daß der vorhandene Zugangstunnel unter ihrer Mitte zu liegen kommt. Von dem Tunnel führen dann Treppen zu beiden Seiten auf die Bahnsteige. Der für das südlich des Bahnhofs liegende Wohngebiet an der Dreilinden- und Ribbelungenstraße wichtige Zugang wird erweitert und mit einer Zufahrtsperre ausgerüstet, so daß in Zukunft nicht mehr der umständliche Weg durch den Tunnel bis zum Bahnhofsgebäude notwendig ist. Um den Umsteigerverkehr nach Potsdam so bequem wie möglich zu gestalten, muß im Bahnhof Nikolasee aus dem Glei von Brunwald ein neues Glei abgezweigt werden. Dieses Glei liegt in seinem weiteren Verlauf neben den Gleisen der Wannseebahn und läuft parallel mit ihnen in den Bahnhof Wannsee ein, so daß jegliche Kreuzung vermieden wird. Bei der Elektrifizierung der Wannseebahn soll noch ein neuer Abstellbahnhof mit Wagenschuppen zwischen den Bahnhöfen Wannsee und Nikolasee errichtet werden.

Im Zusammenhang mit diesen Umbauarbeiten muß die an dem Bahnhof entlangführende Hauptverkehrsstraße, die Bahnhofstraße, vor dem neuen Bahnhofsgebäude nach Norden zurückweichen und wird in schlankem Zuge durch die Anlagen hindurchgeführt. Die Stadt Berlin rechnet für die nächsten Jahre mit einer Bervier- oder Bervünffachung des Automobilverkehrs nach Wannsee, zumal an Sonntagen. Mit Rücksicht hierauf wird die Straße in zwei Fahrbahnen von je 8 Meter Breite für jede der beiden Richtungen aufgeteilt. Ferner ist ein Fußgängertunnel unter den beiden Straßen geplant, der die Fortsetzung des Bahnhofsgebäudes bildet, und ein weiterer Fußgängertunnel unter der Straße an dem Zugang zur Dampferanlegestelle. Dadurch wird den mit der Eisenbahn und den Dampfzügen ankommenden Reisenden das gefährliche Überqueren des Fahrdammes erspart und vielen Unfällen vorgebeugt werden.

Mit den Bauarbeiten ist bereits begonnen. Man hofft, das neue Bahnhofsgebäude voraussichtlich noch in diesem Jahre dem Verkehr übergeben zu können. Die Kosten dieser, für den Berliner Ausflugsverkehr heutzutage notwendigen Umgestaltung sind in ihrem ersten Ausbau mit 2 Millionen Mark veranschlagt.

Erweiterungsplan für die Reichskanzlei.

Wie bereits bekannt, wird im diesjährigen Reichshaushaltsplan eine erste Raurale von 200 000 Mark zur Errichtung eines Erweiterungsbaues für die Reichskanzlei auf dem freien Grundstück Wilhelmstraße 78 angefordert. Der Reichsrat hat dieser Anforderung der Reichsregierung bereits zugestimmt; die Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstages über diesen Etatansatz sind für die nächste Zeit zu erwarten. Am nach erfolgter Zustimmung des Reichstages ungefümt mit der Ausführung beginnen zu können, hat im Auftrag des Reichskanzlers der Staatssekretär in der Reichskanzlei mit den erforderlichen Vorarbeiten vor einiger Zeit bereits begonnen. Um zu einer der Bedeutung des Bauporhabens entsprechenden einwandfreien Lösung zu kommen, ist an die Veranstaltung eines Preisausschreibens, zu dem eine Reihe prominenter deutscher Architekten hinzugezogen werden soll, und die Einlegung eines entsprechenden Preisrichterkollegiums gedacht.

Die Wunder der Klara van Haag.

Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus.

„Meine Ansicht vom Vater hat sich geändert,“ sagte Hedwig still.
„Wann denn?“
„Hedwig beugte den Kopf.“
„Heute,“ sagte sie.
Dann richtete sie ihren weichen Mädchenkörper auf und schritt zu Johan hinüber, der sich gegen den weissen Türhahmen lehnte. Sie schlang ihre Hände um seinen Nacken, beugte seine Stirn zu ihrem Mund herab und sagte, während ihre Augen sich mit Tränen füllten:
„Wer die Sonne in seinen Händen hält, sollte wohl ein wenig Sonnenschein für andere übrig haben!“

Da erhielt Frau van Haag den Glauben, daß Hedwig dasselbe wie sie, ja, vielleicht noch mehr ausgerichtet konnte. Es war ihr klar, daß eine Staubwolke von Klaisch sich erheben würde, wenn sie ihren Fuß nach Knarreby setzte, ohne das Jollamt zu betreten. Man konnte nie wissen, was Herr van Haag unternehmen würde, der Form wegen. Hedwigs neue Ansicht kam ihr daher als eine doppelte Freude.

Sie blieben alle drei zusammen bis zum Abendzuge. Die beiden Frauen stritten sich sanft um Johan. Frau van Haag wollte, daß er mit Hedwig nach Knarreby reife, aber Hedwig bestand darauf, daß er die wenigen Tage bis zu Frau van Haags Abreise nach dem Süden bei ihr bliebe. Hedwig gewann.

Als der Acht-Uhr-Zug aus der Bahnhofshalle larmte, blieben Johan und Frau Klara stehen. Unter den Dugenden wehender Taschentücher folgten ihre Augen nur einem. Lange knirschte es noch in den Schienen. Der Einschnitt zwischen den Bahnsteigen lag wie ein offenes Grab da. Alle Leute waren aufgebrochen. Johan und Frau Klara rissen sich los und gingen mit. Sie schlugen langsam den Weg nach Westebro ein.

Johan wandte seinen Winkergals, damit der Värm ihm nicht die Worte nahm, und sagte:
„Wir wollen uns nächstes Jahr in Rom treffen, nicht wahr, Frau van Haag. Wir wollen glücklich miteinander in Rom sein.“

Frau van Haag sah ihm in die Augen. Ihr Blick war weitumfassend und unerschütterlich.

„Nein,“ sagte sie. „Nein, Johan. Sie dürfen nicht davon sprechen, mich in Rom zu treffen. Heute habe ich einen großen Kummer gehabt — aber eine weit größere Freude. Ich will jedes von ihnen in eine Hand nehmen und in die Berge, in die Einsamkeit mit ihnen gehen.“

Die Leute in der Straße schrien und riefen von allen Seiten. Johan und Frau Klara wurden bald von rechts, bald von links gepufft und gedrückt. Aber es war, als ginge Frau Klara schon einsam zwischen stillen Bergen. Johan hörte jedes Jütlern in ihrer schönen Stimme. Die Worte nahmen die Form ausgereifter dunkler Trauben an, wie er fand.

„Ich will fortgehen und mich in den Bergen verließen, so gut, daß niemand mich wiederfindet. Vielleicht kann ich meinen Kopf über einen Stein heben und Ohnen und Hedwig folgen — aber ihr dürft nicht nach mir suchen. Es ist meine Hoffnung, daß Frau van Haags Geschichte heute zu einem guten Abschluß gebracht ist.“

So sprach die gute Gnädige. Johan runzelte die Stirn und schwieg. Er fand, er hätte kein Recht zu sprechen.

20. Kapitel.

Die nächste Nacht. In Egholms kleiner Stube sitzt Hedwig und spricht mit ihrem Vater. Er ist völlig angekleidet; das ist er seit drei Tagen, trotz aller Bitten und Vorstellungen Annas. Das schwache Licht der Petroleumlampe reicht nur bis zu seiner Brust, aber in dem Halbdunkel darüber erscheint sein zahles Gesicht doppelt groß. Keinen Augenblick findet er Ruhe vor Schmerzern. Beim Sprechen verrenkt er seinen Körper in schiefe Stellungen, die sich jede Minute ändern. Aber seine Stimme ist ganz beherrscht; sähe man ihn nicht, so könnte man glauben, er sähe bei einer Arbeit, die durchaus vor Tagesanbruch fertig sein müsse, und führe während der Nacht eine kleine freundliche Unterhaltung mit seiner Tochter.
Aber es ist der Tod, von dem er spricht.

„Ich bin nicht bange, weißt du. Nicht mehr als die anderen Maise, da ich den Beruf wechselte. Nur unruhig. Ich wurde Photograph, weil ich nicht für die Eisenbahn taugte; ich werde ein toter Mann, weil ich nicht fürs Leben taugte.“

„Du wirst gesund, Vater, und verrichtest noch Großes. Du machst eine große Erfindung oder holst deine alte Turbine hervor. Du sollst sehen — du sollst sehen, es wird schon werden!“

„Kann ein zerrissenes Herz zusammenwachsen? Das meine ist, wie gesagt, zerrissen. Ich muß es die ganze Zeit zusammenhalten, und sobald ich nur ein wenig zu stark denke,

fließt das Blut in einem kochend heißen Strom in den Brustkasten.“

„Du weißt ja gut, daß das nur ein Gefühl ist, Vater. Sonst wärst du schon lange tot.“

Der Vater blieb dabei und fuhr fort: „Aber nun fragst es sich, ob ich mich zum Tode einigle! Was geschieht sonst? Ich taugte nicht zum Kaufmann — da wurde ich Photograph, und als ich dazu nicht mehr taugte, wurde ich Eisenbahner — wozu ich am allerwenigsten taugte. Was wurde ich dann? Wieder Photograph! Kann ich wieder lebendig werden, wenn ich das Totenhandwerk verderbe? Denn ich bin jetzt müde. Ich, ich bin sehr, sehr müde.“

„Hast du keinen festen Glauben mehr, Vater? Einst glaubtest du stärker als alle anderen Menschen, die ich kannte.“

Egholm wand sich nach vorn und weitete die Brust.
„Nein, nein. Alles ist für mich in Fehlen gegangen. Mein Glaube wie mein Handwerk. Die Johannesbrüder verleiteten mir alle Religion, da wurde ich Atheist. Aber was für ein Atheist! Einer, der heimlich in den Wald ging und Gott opferte. Ich wurde Erfinder, weil ich nicht in die Dinge hereinpasste, die wir bereits haben. Aber meine Erfindungen taugten nichts, und ich wünschte mich zurück in die alten Tage, da alles ganz primitiv war.“

Frau Egholm kam vom Schlafzimmer herein und ließ sich seufzend auf einen Stuhl gleiten. Egholm wandte den Kopf zu ihr hin und sagte: „Gegen Anna, deine Mutter, bin ich ein Tyrann gewesen, aber kein tüchtiger Tyrann.“

Frau Egholm sprang auf, nahm seine Hand in die ihren und sagte weinend: „Warst du das! Ach nein, Egholmchen, du bist gut gewesen! Lüg dich jetzt nicht in einer feierlichen Stunde schlecht, wo du so gut gewesen bist.“

„Gut! Ich? — Wann?“ sagte Egholm.

„Heute und gestern und immer. Immer!“

„Nein, seit Frau van Haag kam, bin ich „gut“ gewesen. Aber ich lebe gut, wie ich vor ihrer Zeit schlecht böse war.“

Das verstand Anna nicht ganz. Sie sagte: „Denk daran, daß es heißt: „Richtet nicht!“ Das betrifft auch das Urteil über einen selbst.“

„Die Strafe mag werden, wie sie will. Ich kann zu keinem anderen Resultat kommen.“

Egholm legte die Arme auf die Banklehne, einen nach jeder Seite; sein Kopf fiel schwer nach vorn, und mit schwacher Stimme fuhr er fort: „Nein, daran denke ich gerade. Könnte ich eine einzige Sache finden, die ich vollkommen getan hätte, dann würde ich leicht sterben, aber eine solche Sache gibt es nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Ein Wohnungsbauprogramm für Berlin.

Forderungen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.

Wirksame und durchgreifende Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel in Berlin verlangt ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, der ein sorgfältig erwogenes Programm aufstellt. Der Antrag lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:
Den nachstehenden Richtlinien für den Wohnungsneubau in Berlin wird mit dem dringenden Ersuchen an den Magistrat zugestimmt, alles zu tun, um durch schnellste Durchführung den darin enthaltenen programmatischen Forderungen in kürzester Frist zur Durchführung zu verhelfen, damit endlich der erschreckenden Wohnungsnot in Berlin wirksam entgegengegriffen wird.

Richtlinien für den Wohnungsneubau in Berlin.

Die bisher durch die Stadt Berlin und die Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m. b. H. bewirkte und geförderte Wohnungsbautätigkeit erweist sich gegenüber dem Wohnungsbedarf als völlig ungenügend. Das trifft vor allem auf die aus dem Hauszinsaufkommen für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Beträge zu. Denn die nach den Geschäftsberichten der Wohnungsfürsorgegesellschaft verfügbaren rund 59 Millionen aus dem Jahre 1924 und rund 66 Millionen aus dem Jahre 1925 reichen nicht entfernt, um auch nur das Allerdingste auf dem Gebiete des Wohnungsneubaus durchführen zu können. Insbesondere muß hervorgehoben werden, daß die aus dem Hauszinsaufkommen der Stadt Berlin an den städtischen Wohnungsfürsorge- und Ausgleichsfonds abzuführenden riesigen Beträge als eine besonders traffe Ungerechtigkeit empfunden werden, wenn man die in Berlin herrschende Wohnungsnot demgegenüber in Betracht zieht. Der aus den so beschränkten Geldmitteln zu erzielende Effekt konnte daher auch nur völlig ungenügend ausfallen. So wurden im Jahre 1924 insgesamt nur 10 050 und im Jahre 1925 9307 Wohnungen neu errichtet. Im Jahre 1926 steht es nicht viel anders; aus dem zur Verfügung stehenden Beträge von rund 95 Millionen Mark können etwa 14 000 neue Wohnungen errichtet werden. Wie wenig dieses Ergebnis der Geschäftstätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaft auch nur den allergeringsten Notwendigkeiten entspricht, geht aus der nachstehenden Zusammenstellung hervor:

Wohnungsbedarf.

Der Wohnungsbedarf ergibt sich aus:

a) dem objektiven Fehlbedarf (nach der Wohnungszählung vom 3. Mai 1925)	75 000 Wohnungen
dazu pro Jahr:	
b) dem inneren Neubedarf (Zunahme der Bevölkerung und der Haushaltungen)	10 000
c) dem äußeren Neubedarf (Zuzug neuer Haushaltungen von außerhalb)	20 000
d) dem Wohnungsabfall	5 000
e) dem Ersatz für sämtlich unzureichende Wohnungen	80 000
f) dem erforderlichen Lehrbestand	25 000
insgesamt gegenwärtiger Bedarf 165 000 Wohnungen	
In zehn Jahren würde sich dieser Bedarf vermehren	
zu b) um 9-10 000	90 000 Wohnungen
c)	180 000
d)	45 000
zusammen um 315 000 Wohnungen	

Zählt man zu dem gegenwärtigen Wohnungsbedarf von 165 000 Wohnungen den Wohnungsbedarf in zehn Jahren in Höhe von 315 000 Wohnungen hinzu, so kommt man für ein zehnjähriges Bauprogramm auf eine Wohnungsziffer von 480 000 Wohnungen neu zu bauen, um die Wohnungsnot zu beseitigen.

Für ein dringliches fünfjähriges Wohnungsbauprogramm der Stadt Berlin wird man aber zunächst nur den Wohnungsbedarf

zu a) mit	75 000 Wohnungen
b)	60 000
c)	100 000
insgesamt mit 235 000 Wohnungen	

in Aussicht zu nehmen haben, d. h. also, es wären jährlich rund 47 000 Wohnungen zu bauen.

Mit diesem Bedarf steht, wie schon eingangs erwähnt, der bisher erreichte Erfolg auf dem Gebiete der Wohnungsneubautätigkeit im schreiendem Widerspruch, so daß es höchste Zeit ist, wirkksamere Mittel zu ergreifen, um der bis jetzt in Berlin

in keiner Weise gelinderten Wohnungsnot beizukommen. Das oben aufgestellte Programm muß als das unverrückbar im Auge zu behaltende Ziel betrachtet werden. Jedenfalls ist sofort alles zu tun, um die bisherigen Leistungen, soweit als irgend möglich, zu steigern. Dazu sollen die nachstehend aufgestellten Grundsätze dienen, deren Durchführung mit größter Beschleunigung in Angriff zu nehmen ist.

Grundsätze für den Wohnungsneubau.

1. Bei den zuständigen Körperschaften des Reiches und des preussischen Staates muß energisch darauf hingewirkt werden, daß a) die Hauszinssteuer erhalten wird und für den Wohnungsneubau Verwendung findet, b) ein Teil derselben abgezweigt werden kann, um zur Verzinsung und Tilgung von den für den Wohnungsneubau aufzunehmenden Anleihen zu dienen.
2. Sofortige Aufnahme einer städtischen Anleihe von 150 Millionen Mark für den Wohnungsneubau, die aus den Mitteln der Hauszinssteuer zu verzinsen und zu tilgen ist und neben der entsprechenden zu verkleinernden Hauszinssteuerhypothek und einer 1. Hypothek so zu verwenden ist, daß der oben errechnete Wohnungsbedarf in weitestgehendem Maße gedeckt werden kann.
3. Durchführung aller zur Bekämpfung der Steigerung von Boden- und Baustoffpreisen resp. zu deren Senkung zweckdienliche Maßnahmen, u. a. durch weitgehende Selbstbeschaffung von seiten der in Betracht kommenden städtischen Dienststellen.
4. Bevorzugte Berücksichtigung der gemeinnützigen, dem gemeinwirtschaftlichen Prinzip dienenden Bauorganisationen bei der Durchführung der Wohnungsneubauten.
5. Durchführung möglichst großer, für weitgehende Rationalisierung und günstige Bewirtschaftung sich eignenden Siedlungs- und Bauvorhaben.
6. Ausschließliche Errichtung von Kleinwohnungen mit einem Durchschnittsmoß von 65-70 Quadratmetern Wohnflächen (2 Zimmer, Kammer, Küche, Bad und Zubehör).

Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege.

Im Rahmen der Vortragsreihe „Wohlfahrt und Wirtschaft“, die die Arbeiterwohlfahrt im Saal des Hauptgesundheitsamtes Berlin, Fischerstraße 39/42, veranstaltet, sprach Direktor Dr. Kölling über „Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege“.

Der Referent kennzeichnete das Wesen der heutigen Wirtschaftsordnung und zog einen scharfen Trennungstrieb zwischen Sozialismus und Sozialpolitik. Während es heute drei Arten von Einkommen gibt, nämlich aus Arbeit, aus Kapitalbesitz und Landbesitz, anerkennt der Sozialismus nur das Einkommen, das aus der Arbeit fließt. Daraus ergibt sich für den Sozialismus die prinzipielle Verwerfung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Im Gegensatz dazu ist Sozialpolitik nicht revolutionär, sondern evolutionistisch. Sozialpolitik wendet sich bewußt gegen die Verleumdungstheorie, also gegen die Auffassung, daß es nicht möglich sei, in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung die Verhältnisse zu ändern. Sozialpolitik trägt vorbeugenden Charakter, sie will verhüten, daß der Mensch überhaupt in eine Lage komme, in der er verleidet muß. Diesen Kreisen in der Wirtschaft ist Sozialpolitik unerwünscht. Sie sei, so wird behauptet, eine zu starke Belastung der Wirtschaft. Diese Auffassung geht zurück auf die Grundtendenz des Liberalismus, der sich grundsätzlich gegen jegliche Bevormundung durch den Staat wendet und nun aus dieser Einstellung heraus auch die durch Gesetz des Staates geregelte Sozialpolitik vermisst. Der Liberalismus vertritt die Ansicht, daß der rücksichtslose Kampf ums Leben die Menschen vorwärtsbringe und daß daher jeder, der staatlichen Schutz verlange, geradezu ein Feind des menschlichen Fortschritts sei. Diese These, die ein Ausfluß der Naturphilosophie ist, beruht, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse stärker beobachtet, auf einem grundlegenden Irrtum. Es besteht ein großer Unterschied zwischen dem Daseinskampf, den das Tier und zwischen dem, den der Mensch zu führen hat. Besitzlosigkeit ist etwas ganz anderes als biologische Schwäche. Das soziale Zusammenleben stellt dem Menschen ganz andere Aufgaben als dem Tier. Und nicht die individuelle Stärke des Einzelwesens, sondern vielmehr die Gemeinschaftsarbeit hat das Menschengeschlecht vorwärtsgebracht. Und wenn man von diesem Grundgedanken ausgeht, erkennt man, daß die Sozialpolitik nicht abzulehnen, sondern geradezu zu fordern ist. Der Staat muß dem wirtschaftlich Schwachen helfen, um ihn so dem wirtschaftlich

Überlegenen gleichwertig zu machen. Der Staat muß den wirtschaftlich Schwachen gegen die Vererbung seiner Arbeitskraft schützen. Es fragt sich, ob es richtig ist, daß der Unternehmer die Arbeitskraft als nichts anderes anerkennt, als ein Unkostenelement. Es fragt sich, ob Menschenökonomie nicht wichtiger ist, als Sachgüterökonomie. Der Arbeiter ist bekanntlich nicht nur der Erzeuger von Waren, sondern auch ihr Verbraucher und zwar in seiner Klasse der Hauptverbraucher aller hergestellten Güter. Jede Verminderung der Lohnhöhe wirkt sich aus in der Verminderung der Kaufkraft und damit auch des Beschäftigungsgrades des Betriebes. Und es ist wertlos, mehr herzustellen, als man verkaufen kann. Diese Zusammenhänge zeigen klar die Abhängigkeit des Beschäftigten von den wirtschaftlichen Verhältnissen und man erkennt, daß die Erhaltung der Arbeitskraft unbedingt notwendig ist, wenn die Gesamtheit bestehen soll, und daraus ergibt sich dann nicht nur die sittliche, sondern auch die wirtschaftliche Begründung der staatlich geregelten Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege. — Der nächste Vortrag findet am Freitag, den 28. Januar, ebenfalls im Hauptgesundheitsamt statt. Dr. Preller-Berlin wird über das Thema: „Ist Wohlfahrtspflege produktionsfördernd?“ sprechen.

Aus den Bezirken.

1. Bezirk — Mitte.

Die erste Versammlung im neuen Jahre der Bezirksverordneten im Bezirk Mitte hatte sich mit den Reumahlen des Vorstehers, des Stellvertreters, der Beisitzer, sowie der ständigen Ausschussmitglieder zu beschäftigen. Die Reumahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstehenden, Genossen Riese. Die Wahl der beiden Stellvertreter mit gleichen Rechten ergab eine ausgiebige Diskussion durch Erklärung der Fraktion der Mitte sowie der Kommunisten. Da die Fraktion der Mitte sowie der Kommunisten aus Verärgerung sich nicht entsprechend dem Stärkeverhältnis an der Wahl beteiligten, wurde die Wahl besonders erschwert. Durch die Beschimpfungen unserer Partei durch die Kommunisten fühlten wir uns veranlaßt, nicht für die kommunistischen Kandidaten zu stimmen. Unsere Parteigenossen vertraten den Standpunkt, daß die Befehlsgewalt des Vorstandes nach dem Stärkeverhältnis zu erfolgen habe. Da trotz allen Entgegenkommens eine Verständigung nicht zu erzielen war, wurden zu Stellvertretern mit gleichen Rechten der Bezirksverordnete Dr. Beebe (Dnat.), sowie der Genosse Thiemede gewählt. Die Wahl der Beisitzer fand unter dem gleichen Verhältnis statt. Es wurden gewählt: Bezirksverordneter Winkel und Jffland (Dnat.), sowie die Genossen Wollstein und Wille. Nachdem die Vorstandswahlen beendet waren, wurde als Sitzungstag der dritte Mittwoch eines jeden Monats bestimmt. Nachdem noch einige Dringlichkeitsanträge zur Annahme gelangten, unter anderem ein Antrag, der die Befreiung der Mißstände in den Schulgebäuden betraf (Abortanlagen usw.), Befähigung der Anwohner des Rosenthaler Lers und Umgegend bei Ausführung der Pausarbeiten, sowie Befähigung der Angestellten der städtischen Bureaus (42 Stunden), fand die Versammlung in ziemlich später Stunde ihr Ende.

2. Bezirk — Tiergarten.

In der ersten Sitzung des neuen Jahres fand die Vorstandswahl statt. Es kandidierte der Deutschnationale Granoh gegen unseren Genossen Buhly. Die Kommunisten gaben eine Erklärung ab, in der sie die übliche Schimpfanrede gegen uns losließen, kamen aber schließlich doch zu dem Schluß, daß sie, wenn wir es auch nicht verdienen, für uns stimmen werden. In der Abstimmung wurde Genosse Buhly mit 37 gegen 22 Stimmen gewählt. Die Deutschnationalen verjätzten darauf auf die weitere Beteiligung an der Bureauwahl; die Stellvertreter und Beisitzer wurden aus der Fraktion der Mitte und aus der SPD. gewählt. Die Streichungen, die der Magistrat im Etat des Bezirks vorgenommen hat, riefen eine erregte Aussprache hervor. Alle Fraktionen drückten ihr Bedauern und Bedauern darüber aus, daß die dringendsten Bedürfnisse des Bezirks nicht berücksichtigt worden sind. Genosse Schlegel bemängelte vor allem die großen Abstriche auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und die Streichung des Postens für den Ausbau des Krankenhauses Moabit. In Moabit müssen bis zur Fertigstellung des neuen Pavillons noch die ältesten und unzureichendsten Baracken benutzt werden. Die Versammlung war sich einig darüber, daß diese Verhältnisse nicht mehr tragbar sind und daß die Stadt noch eine ganze Reihe anderer Ausgaben zurückstellen kann und muß, so lange für die Unterbringung der Kranken in so unzureichender Weise gesorgt ist. Auch die Streichung des Ansohes für ein Bureauhaus wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Das Bezirksamt zahlt zurzeit für Bureauarbeiten 208 000 Mark pro Jahr. Die Bureaus sind in Prinothäusern untergebracht und entziehen der Bevölkerung unnötig Wohnräume. Angesichts dieser Tatsachen muß es geradezu als Verschwendung angesehen werden, wenn man diesen Zustand beibehalten will. Einstimmig wurde beschlossen, die Vorlage noch einmal in den Haushaltungsausschuß gehen zu lassen. Schließlich entspann sich eine lange

Macht Sie das Warten nervös?

Dann haben Sie wahrscheinlich keine **Massary-Zigaretten** bei sich.
Wer **Massary** raucht, kennt keine Langeweile. Diese milde, köstliche Gabe, diese ausgesprochene Stimmungszigarette läßt die Minuten angenehm vergehen.
Nehmen Sie also immer **Massary-Zigaretten** mit. Dann sind sie auch allein in guter, unterhaltender Gesellschaft.
Urteilen Sie selbst!



Massary-Berle 4 GOLD- u. PURPUR MUNDST.
Massary-Delft 5 GOLD- u. TÜRKIS MUNDST.
Massary-Ritter 6 GOLD- u. SEIDEN MUNDST.

Nochmals: Schluß mit dem Zollkrieg!

Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen.

In unserem Artikel über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen haben wir in Übereinstimmung mit der allgemeinen Ansicht ausgesprochen, daß die größten Schwierigkeiten der Verständigung auf dem Gebiet des Einreise- und Niederlassungsrechts zu suchen seien. Man hätte bisher nur immer wieder gehört, daß der polnische Standpunkt in diesen Fragen mit den deutschen Forderungen keineswegs in Einklang zu bringen sei und daß sich Polen weigerte, den deutschen Kaufleuten und Industriellen das Recht zur wirtschaftlichen Betätigung in Polen zu gewähren.

Wie wir nunmehr hören, trifft diese Auffassung keineswegs zu. Vielmehr ist schon in den letzten Dezemberwochen eine weitgehende Übereinstimmung in den Verhandlungen über diese strittigen Punkte erzielt worden. Zu einer endgültigen Festlegung von vertraglichen Bestimmungen ist man allerdings noch nicht gekommen. Jedenfalls wird die endgültige Einigung auf der Grundlage zustande kommen, daß Polen für die Einreise und die Niederlassung deutscher Staatsbürger das Weisbegünstigungsrecht gewährt. Es werden also die Deutschen bei Einreise und Niederlassung nicht anders behandelt werden, als die Angehörigen irgendeines anderen Staates, mit dem Polen im Vertragsverhältnis steht.

Polen bleibt es freigestellt, auf dem Wege der Gesetzgebung und der Verwaltung alle Maßnahmen zu treffen, die es besonders für den Schutz des inländischen Arbeitsmarktes für erforderlich hält. Die Sicherheit dagegen, daß durch solche Maßnahmen etwa deutsche Staatsangehörige benachteiligt werden, bietet die Möglichkeit, daß in allen Streitfällen über diese Fragen das Schiedsgericht des Völkerbundes angerufen werden kann. Die Niederlassung soll nur für solche Personen in Frage kommen, die sich wirtschaftlich betätigen, also nicht etwa für Personen, die ein Geschäft nur zum Vorwand betreiben. Jedenfalls wird Polen grundsätzlich das Niederlassungsrecht aller fremden Staatsbürger auf Volkswirtschaften oder protokollierte Kaufleute und auf leitende Angestellte beschränken. Man fürchtet dort nämlich nicht so sehr das Eindringen fremder großer und kapitalkräftiger Unternehmungen als vielmehr den Zustrom von Kleinhändlern, Angestellten und solchen Personen, die früher oder später dem Arbeitsmarkt zur Last fallen könnten.

Der Erwerb von landwirtschaftlichem Besitz ist durch die polnische Gesetzgebung, die sich auf der Agrarreform aufbaut, grundsätzlich nur solchen polnischen Staatsangehörigen gestattet, die den Nachweis erbringen können, daß sie zum Betreiben einer Landwirtschaft qualifiziert sind. Hoffentlich wird die endgültige Vereinbarung dieser Fragen nun bald erfolgen, d. h. unmittelbar dann, wenn die zu erwartende neue polnische Verordnung über den Schutz des Arbeitsmarktes herausgegeben ist.

Es ist auch zu hoffen, daß dann die deutschen Unterhändler in den Fragen der Zollfestsetzung und der Zulassung von Warenkontingenten ihre bisherige Taktik aufgeben, die in sehr vielen Fällen darin bestand, zunächst Unerfüllbares zu fordern. Durch diese Art der Verhandlungsführung ist nicht zum mindesten die lange Verzögerung entstanden. Wenn nunmehr die Möglichkeit gegeben ist, daß nach Niederlassung deutscher Kaufleute in Polen das deutsch-polnische Geschäft tatsächlich in Schwung kommt, und daß dann die polnischen Zollzustände auch wirklich ausgemacht werden können, müßte man in den übrigen Streitfragen endlich auch zu einer Verständigung kommen.

Die schwierige wirtschaftliche Lage im ganzen deutschen Osten und die zunehmende Arbeitslosigkeit lassen es erforderlich erscheinen, jede Möglichkeit zu einer Ausdehnung des Exportgeschäftes auch wirklich schnell auszunutzen. Daß andererseits Polen das größte Interesse daran hat, den wirtschaftlichen Kriegszu-

stand zu beenden und daß es übertriebene wirtschaftliche und zum Teil politische Forderungen aufgeben sollte, haben wir bereits in unserem ersten Artikel mit allem Nachdruck betont.

Aber wir müßten leider auch sagen, daß ein Teil der deutschen Unterhändler ihrer Person nach wenig geeignet zur Führung der Verhandlungen sind und daß die Taktik der Verhandlungen durch übertriebene Rücksichtnahme auf die Forderungen von Landwirtschaft, Waldbesitz und Großindustrie unnötig erschwert werden. Dieser Eindruck bestätigt sich nach all dem, was man von der Art der Verhandlungsführung hört. Auch auf diesem Gebiete treten wieder die Organe der Veterinärpolizei, die schon so viele Handelsvertragsverhandlungen erschwert haben, mit ihren Forderungen auf Schutz vor Seucheneinfuhrung als die Schrittmacher der landwirtschaftlichen Sonderinteressen hervor, die sich gegen die Einfuhr von Vieh und Fleisch mit allen Mitteln sträuben. Wenn in diesem Zusammenhang bisher von deutscher Seite gefordert worden ist, daß die polnische Einfuhr an frischem Fleisch nur an einen engbegrenzten Kreis von Wurst- und Konservensfabriken erfolgen dürfe, so wird man gerade diese Forderung sich sehr genau ansehen müssen und im Interesse der billigen Inlandsversorgung fordern müssen, daß die polnische Ware nicht einem Kartell von Großinteressen allein zugeliefert wird, das dann den ganzen Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreis in die eigene Tasche stecken kann.

Die Konjunktur für Produktionsmittel. Zur Lage der deutschen Maschinenindustrie.

Aus dem Bericht der Vereins deutscher Maschinenbauanstalten für den Monat Dezember und der ihm beigefügten Uebersicht über den Verlauf des Jahres 1926 geht deutlich die besondere Lage hervor, in der sich die Produktionsmittelindustrien während des ganzen Wiederaufbauprozesses der deutschen Wirtschaft befinden. Während die Konjunkturbelebung in den Rohstoffindustrien eine schnelle und erhebliche war, und auch die Konsumgüterindustrien eine starke Zunahme der Beschäftigung aufwiesen, berichtet die Maschinenindustrie noch für den Monat Dezember nur von ganz allmählichen Fortschritten. Die leichte Belegung, die seit Oktober schrittweise angefangen hat, hielt an. Der Auftragszufluss aus dem Inland wie aus dem Ausland ist weiter ein wenig gestiegen. Doch sind Rückschlüsse da zu verzweifeln, wo zuvor eine stärkere Zunahme gemeldet war.

Zufällig ist, daß es insbesondere Konsumgüterindustrien waren, von denen die meisten Aufträge eingingen. So Textil- und Werkzeugmaschinenbau, Papierverarbeitungs- und Druckmaschinen, sowie Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Ausgehend von der glänzenden Konjunktur im Montanergewerbe war aber auch im Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinenbau die Beschäftigung teilweise lebhafter. Daß die Belegung in der Maschinenindustrie hinter der in anderen Industrien zurückstehe, zeige auch die verhältnismäßig größere Arbeitslosigkeit in der Gruppe Maschinenbau und Metallverarbeitung.

Der Bericht bezeichnet das Jahr 1926 als das schwerste Jahr des deutschen Maschinenbaues. Im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft habe die Krise in der Maschinenindustrie bereits im August 1925 begonnen, also zwei Monate früher und die Depression habe bis Ende Oktober 1926 angehalten, also wenigstens vier Monate länger gedauert. Der Beschäftigungsgrad der Werke, der bis Ende 1925 auf unter 50 Proz. gesunken war, ging Anfang 1926 weiter auf 40 Proz. zurück, um erst im dritten Vierteljahr 1926 wieder 50 Proz. zu erreichen und bis zum Jahresende auf etwa 60 Proz. zu steigen. Die Krise in der Maschinen-

industrie sei auch besonders heftig gewesen, weil Rohstoffe und Kredite der Maschinenindustrie kartellmäßig geregelt und die zur äußerst schwer kartellierbaren Maschinenindustrie keine Möglichkeit zur Abwälzung der Belastungen auf die Preise habe. Heftig geklagt wird über die Frachtpolitik der Reichsbahn, die Maschinenfrachten lägen noch doppelt so hoch als das Durchschnittsniveau familiärer Frachten, und über Methoden der Handelsvertragspolitik, in welcher auf deutscher Seite rein innenpolitische Rücksichten — sowie die Nachgiebigkeit gegen bestimmte Wählerkreise — die für die Ausfuhr so wichtige Maschinenindustrie schwer hampfen. Es sei noch immer viel zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß der deutschen Fertiginindustrie mit ihren 2,1 Millionen Arbeitern im Nachkriegsdeutschland eine ungleich größere Bedeutung als früher zukomme.

Mit den Unternehmermethoden getreu klagt der Bericht auch sehr heftig über die Steuerlast, obwohl aus zahllosen Bilanzen gerade der Maschinenindustrie eine sehr bedeutende Senkung der Steuerlast bei nicht verringerten Erträgen nachweisbar ist. Recht merkwürdig berührt es, wenn der Bericht neben dem Rohstoff- und Zinskartellen auch von Bohnkartellen spricht! Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten könnte sich eine derartige Gleichstellung um so mehr schenken, als er sehr wohl weiß, daß zwischen den Lohnkosten und den Material- und Finanzierungskosten der gewaltige Unterschied besteht, daß die Löhne die Basis des industriellen Absatzes sind, während die Kartellrente ausschließlich dem Profit bestimmter Kreise zugute kommt und eine unproduktive Verteuerung der Produktion darstellt.

Bemerkenswert ist die im Bericht geäußerte Meinung, daß von einer rasch aufwärtsgehenden Konjunktur keine Rede sein könne, wenn auch die schwere Depression des vergangenen Jahres zu weichen schiene. Auch nach dem Abklingen der englischen Streikwirkungen bleibe aber immerhin der Beginn eines Wiederaufstiegs erkennbar.

Internationales Kunstseidekartell.

In der internationalen Kunstseideindustrie vollzieht sich eine seit langem zu erwartende Entwicklung. Das Jahr 1926 war allgemein etwas schlechter, die Konkurrenz war auch international verschärft. Jedoch war das Geschäft gut genug, um keine Überkonjunktur entstehen zu lassen und die Zahl der Produzenten ist bei dieser neuen, von vornherein mit größten Kapitalien aufgelegten Industrie klein genug, um das Zusammenarbeiten nicht auszuschließen. So wird die Welt wohl bald vor einem internationalen Kunstseidekartell stehen, das die Preisregelung für den Weltverbrauch an Kunstseide in die Hand nehmen wird.

Unmittelbarer Anlaß scheinen die Schwierigkeiten zu sein, die die italienische Seta Biscosa zur Zusammenlegung ihres Kapitals um ein Viertel (nach 1 Milliarde auf 0,75 Milliarden Lire) gezwungen hat. Die englische Courtauldgesellschaft, die mit der deutschen Glanzstoffgesellschaft verbunden ist (gemeinsamer Fabrikbau bei Köln dadurch auch mit Bemberg und der A. O. Farbenindustrie und die in England 60 Proz., in den Vereinigten Staaten 65 Proz. und mit Glanzstoff Bamberg zusammen über 80 Proz. des deutschen Marktes beherrscht, hat mit der italienischen Seta Biscosa eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Diese Arbeitsgemeinschaft bedeutet praktisch, da sie den wichtigsten Außenfeind der englisch-deutsch-amerikanischen Gruppe anschließt, die für das internationale Preiskartell allein zu treffende Voraussetzung.

Aus der deutschen Kunstseideindustrie wird von der A. O. Bemberg A.-G. in Barmen eine Abkühlbilanz zum 30. September 1926 vorgelegt. Die Abkühlbilanz, die das Jahr 1926 brachte, werden im Geschäftsbericht durch die Notwendigkeit gekennzeichnet, den Betrieb in Dehne längere Zeit stillzulegen. Daß diese Stilllegung keine erhebliche Beeinträchtigung des Geschäfts bedeutet hat, zeigen sowohl die Gewinnrechnung wie die Bilanz. Gegenüber dem Vorjahr ist der Betriebsüberschuß von 5,8 auf 6,8 Millionen gestiegen. Die Steigerung der Handlungsunkosten und der Steuern läßt den erweiterten Umfang des Geschäftes deutlich erkennen. Auf der anderen Seite zeigt die Herabsetzung der Zinslast, die allerdings auch durch die Aufnahme einer langfristigen Anleihe (6,2 Mill.) verringert worden ist, daß die

Auch ohne Ausverkauf

das **und** das

erstaunlich billig!

Lackfabrik Tacke & Co. a. Buró
B. MAGDE.

125 eigene Verkaufsstellen, davon 19 in Groß-Berlin und Potsdam:

Damen - Spangenschuhe 4,00
elegant gearbeitet . . .

Damen - Moderpumps 5,00
in vornehmer Aufmachung

Dam. - Lackpumpenschuhe mit Seitendurchbruch 6,00

Herren - Halbschuhe, echt Kindbox, vorzüglichster Straßenschuh 6,00

Herren - Lack - Halbschuhe für Gesellschaft, weiß dotiert. . . 11,00

Herren - Lack-Halbschuhe mit Krokoeinsatz 12,00

C. Spittelmarkt 15
C. Rosenthaler Straße 14
W. Schillstraße 16

W. Potsdamer Straße 50
(an der Kurfürstenstr.)
NW, Turmstraße 41

NW, Wilsnacker Str. 22
NW, Beusselstraße 29
N, Friedrichstraße 130

N, Müllerstraße 3
N, Brunnenstraße 37
N, Danziger Straße 1

O, Andreasstraße 50
O, Frankfurter Allee 22
SO, Oranienstraße 2a

SO, Wrangelstraße 49
SW, Friedrichstr. 240/41
Neukölln, Bergstr. 30/31

Potsdam Brandenburger Str. 54
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 122/23

Geschäftsergebnisse günstig waren. Aus dem Reinüberschuss von 16 Millionen wird, wie im Vorjahr, eine Dividende von 8 Proz. erteilt. Wie im Geschäftsbericht mitgeteilt wird, hat die in den Vereinigten Staaten gegründete Fabrik den Betrieb bereits aufgenommen.

Folgen einer politischen Hege. In den letzten Monaten wurde vom Reichsverband der deutschen Industrie und der ihm nachfolgenden Kreisen gegen den hauptberuflichen Verband der deutschen Krankenkassen wegen der von diesem in eigener Regie betriebenen Versorgung mit Heilmitteln eine beispiellose Hege geführt. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um den Aktienbesitz an der Ostark-Staller A.-G. Berlin. Wie wir hören, ist die Aktienmajorität dieser Gesellschaft, da sich ihr Besitzer von rein kaufmännischem Standpunkt auf die Dauer auch keine erheblichen Vorteile davon versprochen, an ein Bankkonsortium übergegangen, das unter der Führung der Darmstädter Bank steht. Eigentlich Erwerber ist die Verbandstoff-Fabrik Rahmemann, die beabsichtigen soll, die Fabriken gleicher Art zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat damit sein Ziel erreicht. Aber es muß dahingestellt bleiben, ob dieser „Erfolg“ sich nicht als Pyrrhussieg auf die Dauer am Privatkapital rächen wird.

Berschwendungswirtschaft bei Holdinggesellschaften. Die Vereinigte Stahlwerke von der Japan und Wissen Eisenhütten A.-G. in Köln-Deutz hat zum 1. April 1926 ihre gesamten Anlagen einschließlich der Vorräte an die Vereinigte Stahlwerke A.-G. verkauft. Der Preis stellte sich auf nominell 18,8 Millionen Mark; tatsächlich, das Aktienkapital ist nach den augenblicklichen Börsenkursen, 28,7 Millionen Mark wert. Der Besitz der von der Japan-Wissen-Gesellschaft jetzt nach dem Verkauf der Werke aus diesem Aktienpaket der Vereinigten Stahlwerke und dem Aktienbesitz der Steinbohlengewerkschaft Hürthberg sowie aus sonstigen Beteiligungen und Effekten zusammen, d. h. die Gesellschaft ist reine Holdinggesellschaft. Ferner sind noch Bauspargesellschaften und Forderungen an Warenläufiger vorhanden; die letzteren werden nach und nach abgewickelt. In der Bilanz vom 30. Juni 1926 sind die Anlagen verschwunden, Wertpapiere und Beteiligungen mit 18,38 Millionen Mark ausgewiesen worden. Das Schuldnerkonto, mit dem Kaugenbesitz für Hürthberg, der seinerzeit gegen 6 Millionen Mark von der Japan-Wissen-Aktien erworben wurde, zeigt trotz Einstellung der Verkaufstätigkeit eine überraschend starke Zunahme von 8,13 auf 11,29 Millionen. Das gesamte Aktienkapital beträgt 22,2 Millionen Mark. In dem Zeitraum Juli 1925 bis März 1926, in dem noch ein eigentliches Geschäft bestand, ist nach anfänglich gutem Geschäftsgang mit Verlusten gearbeitet worden. So wird nur ein Gewinn von rund 27.000 Mark ausgewiesen, der mit dem Vorjahrgewinn — rund 48.000 Mark — zusammen auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die Gesellschaft will nicht liquidieren, sondern bleibt in ihrer jetzigen „ausgehöhlten“ Form bestehen, mit dem einzigen Lebenszweck, die Dividenden für ihren Aktienbesitz einzufassen. Dazu werden Direktoren gehalten und ein Aufsichtsrat hoch bezahlt. Auch ein Stück Nationalgläubigkeit nach Unternehmerart!

Die Ruhrmontaninteressen des Chemietrusts. Die bekanntlich nicht sehr geläufige Pressestelle der I. G. Farbenindustrie gibt über ihre Verhältnis zu den Rheinischen Stahlwerken eine Mitteilung heraus, der man angesichts der Schweigeklausel des Konzernvertrages glauben schenken darf. Danach haben die beiden Verwaltungen vereinbart, von den 35 Millionen Vorratsaktien der Rheinischen Stahlwerke 10 Millionen einzuziehen, womit das Rheinische Aktienkapital von 160 auf 150 Millionen herabgesetzt wird. 9 Millionen von diesen Vorratsaktien (die übrigen 16 Millionen sind für die Ansprüche aus einer Wandelanleihe gebunden) gehen an den Chemietrust über, der den Rheinischen Stahlwerken dafür 7,5 Millionen Chemietrustaktien überläßt. Man erzählt bei dieser Gelegenheit als endgültig die Tatsache, daß die I. G. Farbenindustrie der ausfallende Grobaktion der Rheinischen Stahlwerke ist, so daß die Transaktion gewissermaßen als eine Vermögensmäßige Angelegenheit zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft zu betrachten ist. Auf der anderen Seite befinden sich im Besitz der Rheinischen Stahlwerke Chemietrustaktien im Nennwert von 10,5 Millionen, was einem Kurswert von annähernd 70 Millionen Reichsmark entspricht. Man ersieht daraus, daß die Verbindung zwischen diesen beiden Berggruppen eine außerordentlich enge ist und daß man die beiden Gruppen als eine wirtschaftliche Einheit ansehen darf, was für die Stellung des Chemietrusts im Ruhrbergbau und in der Schwerindustrie natürlich von erheblicher Bedeutung ist.

Weitere Kapitalerhöhungen bei Banken. Wie aus Leipzig gemeldet wird, hat auch die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt (AkdA) eine Kapitalerhöhung, und zwar von 20 auf 40 Millionen beschlossen. Die Erhöhung geht also über die zunächst geplanten zehn Millionen um vier Millionen noch hinaus. Ebenso wird vom Halleischen Bankverein, der schon einmal sein Kapital erhöht hat, eine Erhöhung des alten Kapitals von 4 auf 6 Millionen gemeldet. In beiden Fällen liegen die Zeichnungskurse für die Aktionäre ziemlich erheblich unter dem Börsenkurs, ein Beweis, daß die beteiligten Banken auf die Referendierung aus der Zustimmung des Kurles verzichten können. Der Halleische Bankverein kündigt jetzt schon eine Erhöhung der Dividende von 8 auf 10 Prozent an. Von der AkdA ist dieselbe Erhöhung zu erwarten. Beide Banken verteilten im Vorjahr 8 Proz.

Große Bauaufträge für die Wiener Elektrizitätswirtschaft. Wie aus Wien mitgeteilt wird, planen die Wiener Städtischen Elektrizitätswerke eine weitgehende Modernisierung der Anlagen, um den stark zunehmenden Strom- und Lichtbedarf von Wien und Umgebung entsprechen und genügend sicher befriedigen zu können. Dazu ist ein Kostenaufwand von 50 Millionen Schilling (rund 30 Millionen M.) erforderlich, der von der Stadt Wien aufgebracht wird. Für die Durchführung der Arbeiten kommen in erster Linie die Elektrizitätsgesellschaften Siemens-Schuckert, Brown, Boveri u. Co. und die A. E. G. in Frage, wobei allerdings nicht die deutschen bzw. schweizerischen Mutterwerke verhandeln, sondern ihre Niederlassungen in Österreich selbst. Natürlich werden diese Aufträge auch auf die Beschäftigung der Muttergesellschaften nicht unerheblich zurückwirken.

Der Belgrader Brückenbauauftrag perfekt. Der Vertrag zwischen der serbischen Regierung einerseits, der Siemens-Bauunion und einem Konsortium führender deutscher Brückenbauunternehmen andererseits über den Bau der Danubiusbrücke bei Vancevo ist abgeschlossen und bedarf nur noch der Genehmigung durch die Reparationskommission. Diese ist innerhalb der nächsten vier Wochen zu erwarten, so daß man hofft, Ende Februar mit der Ausführung des Auftrages beginnen zu können. Der Bau der Brücke soll innerhalb von vier Jahren nach Unterzeichnung des Vertrages beendet sein. Die Gesamtkosten belaufen sich auf etwa 21 Millionen Goldmark, wovon etwa 17 Millionen über Reparationskonten bezahlt werden. Dem Brückenbaukonsortium gehören insgesamt 12 Unternehmen an, darunter Krupp, Gutehoffnungshütte, W. A. R., Dortmunder Union und C. S. Juchow.

Richtlinien für Hauszinssteuerhypotheken. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, haben die Minister für Volkswohlfahrt und der Finanzen unter dem 31. Dezember 1926 die neuen Grundzüge beauftragt, die Vergütung von Hauszinssteuerhypotheken für Wohnungsbauten, die im Jahre 1927 errichtet werden sollen. Sie schließen sich in der Hauptsache den vorjährigen Richtlinien an. Bemerkenswert ist vor allem eine Veränderung, die vorsieht, daß der Tilgungssatz der Hauszinssteuerhypotheken nach Ablauf von 10 Jahren von 1 Proz. auf 2 Proz. heraufgesetzt werden kann.

Diskontermäßigung in Oesterreich. Die Nationalbank legte den Diskontsatz ab 18. Januar von 7 auf 6½ Prozent herab und ermäßigte den Lombardzinsfuß auch um ½ Prozent.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Sitzung an des Parteisekretariats, 7. Hof, 7. Trepp. rechts, zu richten.

Achtung, Kassierer! Mit dem 31. Januar 1927 verlieren die Rentenbankcheine zu 5 Rentenmark ohne Kopfbildnis mit dem Ausfertigungsdatum des 1. November 1923 ihre Gültigkeit. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Kassierer dieser Scheine rechtzeitig erledigen, weil sie nach dem 31. Januar von unserer Kasse auch nicht mehr in Zahlung genommen werden können.

J. A. Metz Pagels.
 14. Kreis Neutagen. Heute, Freitag, 21. Januar, 6½ Uhr, im Parteibureau, kurze Besprechung des ersten Kreisverbandes. — Schluß! Sonntag, 24. Januar, 7 Uhr, Kreisversammlung im Rathaus Neutagen. Erhalten und Teilnahme erforderlich.
 17. Kreis Köpenick. Zur Einrückung! Sonntag, 23. Januar, vormittags 10 Uhr, findet in der weltlichen Schule, Schwanenbühl, 12, unter Führung des Referats der Schule, des Genossen Frau, eine Besichtigung sämtlicher Einrichtungen statt. Alle Genossen und Genossinnen sind hierzu eingeladen.

Heute, Freitag, den 21. Januar:
 Abt. 124. Mahlsdorf-Eld. 6 Uhr bei Dick, Mahlsdorf, 18. Generalversammlung. Geschäfts- und Kassenbericht. Neuwahl des Vorstandes. Abteilungs-Ergebnisse sämtlicher Genossinnen und Genossen wird bestimmt erwartet. Parteischulung im Mahlsdorf-Eld. Sonntag, 23. Januar, 6 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3. Sitzung. Konnosorandum! 1. Referat des Genossen Ernst Kalk über die Geschichte des deutschen Bauerntums, 2. Diskussion. Auch der Rückblick der Parteiarbeit im Mahlsdorf-Eld. sind in dieser Sitzung auch die üblichen Referate der Bauernverbandsstellen einzufassen.

Morgen, Sonnabend, den 22. Januar:
 Abt. 74. Die Besichtigung der Nordwärts-Bauwerke. Treffpunkt 7½ Uhr Lindenstr. 3, 1. Hof. Abteilungs-Ergebnisse wird erwartet.
 Abt. 124. Mahlsdorf-Eld. 7½ Uhr im Lokal Hirschweg Generalversammlung. Besprechung der Abteilungsleitung. Alle Rückläufer müssen unbedingt erscheinen.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, den 21. Januar:
 Gruppe Norden: 7½ Uhr im Jugendheim des Schützenbruders. Am Baumgarten, C. G. G. G. Beginn der Arbeitsgemeinschaft mit dem Thema „Sozialistische Erziehung“. Beginn 8 Uhr. Abteilungs-Ergebnisse wird erwartet. Die Besichtigung der Mahlsdorf-Eld. sind unbedingt erforderlich. — Gruppe Mitte: 8 Uhr in der Schule Gipsstr. 74. Treffpunkt: Sozialer Arbeiter im Mahlsdorf-Eld. Referat Dr. Max Schumann. Parteischulung und Gasse sind gern gesehen.
 Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde. Kreis Köpenick: Heute, Freitag, 21. Januar, für Köpenick: Beginn für Kellere: Dunter Abend im Jugendheim Hauptstr. 15. Osterstraßen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Von 5-7 Uhr Abrechnung der Beiträge!
 Die Kassenarbeiten sind heute von 5-7 Uhr geöffnet.
 Die soziale Bewegung der Arbeiterklasse ist einsetzender und immer absehbarer werden.
 Abteilungsleiter und -kassierer beschäftigen am kommenden Sonntag das Verbandsbüro der Arbeiterjugend in der Preussenschloß. Treffpunkt 9½ Uhr Untergrundbahnstation Kreuzberg, Erdmannsdamm. Die Besichtigung ist mit einem Vortrag: „Wie entsteht eine Zeitung“ verbunden.
 Besichtigung des Reichstages durch die Arbeiterjugend. Treffpunkt am Sonntag, 23. Januar, 10 Uhr vormittags, Reichstagsparadeplatz 5.
 Besichtigung des Reichstages durch die Arbeiterjugend. Treffpunkt am Sonntag, 23. Januar, 10 Uhr, Lindenstr. 3.
 Sitzung, Jugendleiter und Mitarbeiter! Sonnabend, 22. Januar, im Jugendheim Lindenstr. 3, wichtiges Zusammenkunft. Dr. Otto Juliusburger spricht über „Wochenblätter und Individualpsychologie“. Beginn 1/8 Uhr.
 Die sämtlichen Abteilungsleiter werden aufgerufen, Berichtsergebnisse und Monatsprogramme einzubringen.

Heute, Freitag, den 21. Januar, abends 7½ Uhr:
 Abt. 11: Jugendheim Schule Bodumer Str. 8, Berlin: 507, und Jungsozialisten. — Beginn: Jugendheim-Schule Lindenstr. 3, Karl Liebknecht

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Branche der Hilfsarbeiter!
 Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in der Kulturabteilung des Verbandes, Luisenstr. 187 (gegenüber dem Verbandshaus)

Filmvorführung!

Hauptfilm: „Der schwarze Sonntag“, unter Mitwirkung eines Mandolinsenspieler.
 Eintritt ist frei.
 Zutritt haben Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie andere in einer freien Gewerkschaft organisierte Hilfsarbeiter der Metallindustrie und ihre Angehörigen mit Ausnahme schulpflichtiger Kinder.
 Ausgabe der Eintrittskarten am Abend der Vorführung am Eingang der Kulturabteilung.

Achtung! Metallarbeit! Achtung!

Dienstag, den 25. Januar, abends 6½ Uhr, im Kriegsgewerkschaftshaus, Schausfeldstr. 94

Verammlung

aller Vertrauensleute und Betriebsratsdelegierten aus den Berliner Metallindustriebetrieben.
 Tagesordnung: Stellungnahme zum Rahmentarif.
 Zutritt nur gegen Vorweisung der mit dem B.M.A.-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches einer der Metallarbeit angehörenden Gewerkschaftsorganisation.

Die Ostseeverwaltung.

Tombola-Gewinne
Artikel
Karneval-Artikel
Artikel
 Pohl & Weber Nachf.,
 Spittelmarkt 4-5, 1.
 Verlangt Preisliste 8.

Metallbetten 10⁵⁰
Schlafchaiselongues 24.-
 Fabrikpreise Ratenzahlung
Göhr Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1
 frei jeder Bahnstation.

Domino-Masken
 von 10 Btg. an
 Mützen Dbd. 20 Btg. an
 Alle Karneval- und Festartikel
 sehr billig
Markgrafenstraße 84 an der
 Lindenstraße

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 13
 (Fabrikgebäude)

und Rosa Lubowicz. — Kassen: 11. Jugendheim Dammstr. 12. 16-Minuten-Referat. — Kassenleiter: Jugendheim Germania, Eds. Röhdenstr. Berlin: Die Frau im politischen Leben. — Besichtigung: Jugendheim Dammstr. 12. Treffpunkt: Die Frau in der Arbeiterbewegung. — Kassenleiter: Jugendheim Dammstr. 12. Treffpunkt: Die Frau in der Arbeiterbewegung. — Kassenleiter: Jugendheim Dammstr. 12. Treffpunkt: Die Frau in der Arbeiterbewegung. — Kassenleiter: Jugendheim Dammstr. 12. Treffpunkt: Die Frau in der Arbeiterbewegung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
 Geschäftsstelle: Berlin G 14, Scharnhorst, 97/98, Hof 3 22.
 Kassenleiter: Sonntag, 23. Januar, 11 Uhr, im Reichshaus. — Treffpunkt: Fr. d. M., 8 Uhr, Mittel-Berl. bei Dammstr. 12. Treffpunkt: Berliner Str. 100. Vortrag des Reichsbanner. — Treffpunkt: Fr. d. M., 8 Uhr, im Reichshaus. — Treffpunkt: Fr. d. M., 8 Uhr, im Reichshaus. — Treffpunkt: Fr. d. M., 8 Uhr, im Reichshaus.

Die Arbeitergemeinschaft für Fortschritt und Kultur, e. V., Berlin-Kreuzberg. Sonntag, 23. Januar, Besichtigung des Museums für Naturkunde. — Treffpunkt: Dr. Gadowitz, Treffpunkt: Anoldstr. 10 (Sonntags). Treffpunkt: Dr. Gadowitz, Treffpunkt: Anoldstr. 10 (Sonntags). Treffpunkt: Dr. Gadowitz, Treffpunkt: Anoldstr. 10 (Sonntags).

Gegen 12 Monatsraten
Raddatz & Co.
 Berlin, Leipziger Str. 122-123

Eckstein Gold

für 4½ eine gute Zigarette!

Die Fabrikation: Die gute Mischung der Eckstein Gold, beruhend auf reichlicher Verwendung naturreiner, edler Tabake von spezifischer Leichtigkeit, ist durch wichtige Neuerungen in der Kartonnagenherstellung möglich geworden.

Lange Zeit hat man geglaubt, daß weitere technische Verbesserungen bei der Zigarettenfabrikation und somit Einsparungen beim Produktionsgang nicht mehr durchführbar seien. Das nicht rastende Bemühen aller Beteiligten hat das Gegenteil bewiesen. Man kann jetzt auch für die billigen Zigaretten feste, haltbare und ansehnliche Schachteln herstellen. Mit Recht kann der Raucher eine Verpackung fordern, die sich auszeichnet durch Zweckmäßigkeit, also die Zigarette sauber und gut verwahrt, und durch ein angenehmes Äußere. Die neuen Eckstein Gold-Schachteln erfüllen beide Bedingungen und sind, wie ein flüchtiger Blick schon zeigt, mustergültig.



Daher Raucht
Eckstein Gold
 25 Stck. zu 1 Mk.

Der Mann, der den Baum erschöpf.

Von Max Barthel.

Ein blühender Baum steht am Anfang der Welt, und wenn Karl Sommerschuh die frühesten Erinnerungen seines Lebens ausgrübt und an die goldene Mauer des Nichts kommt, da steht dieser Baum und singt, ist wie der Frühling selbst, in dem das Kind sein erstes, bewußtes Spiel beginnt und aus gelber Erde die Schöpfung neu aufbaut: dunkle Löcher, in denen die Sonne wohnen soll. Ueber dem Spiel rauscht der Baum und singt. Ein Vogel sah in der blühenden Krone, aber der winzige Mensch dachte, der Baum singt.

Am jenem Tag, als der Baum sang, trat aus dem Hause des Vaters ein unbekannter Mann, lauschte einen Augenblick in das Lied, lächelte, trat zurück und erhob ein Gewehr. Feuer blühte auf, Dämoner stülzte, und dann war Rauch und große Stille. Aus dem Baum stürzte ein schwarzer Stein zur Erde und fiel in eines der Löcher, die das Kind gebaut hatte, damit die Sonne drin wohne. Nun wohnte der Tod darin, und das Kind weinte und schrie, weil der Baum nicht mehr singen wollte.

Das waren die ersten und schmerzlichsten Erlebnisse der frühen Jahre. Der Mann, der den Baum erschöpf, verfolgte das Kind noch lange. Manchmal träumte es von ihm, und manchmal stand er wie ein Schatten in einer glücklichen Stunde. Erst nach vielen Jahren, als in Spitzbergen der Luftschiffer André aufstieg und mit seinem Ballon im Eismeer verscholl, löste sich der Schatten und kam nicht wieder. Oft hat der Mensch, von dem wir erzählen, über den Zusammenhang zwischen dem Mann, der den Baum erschöpf, und dem Mann, der im Eismeer verkam, nachgedacht, aber er hat keine Lösung gefunden. Als Kind sah er noch viele blühende Bäume, aber sie sangen nicht. Und als er dann die Vögel kennen lernte, wurde er manchmal traurig. Ja, sie waren schön und sangen lieblich, aber sie blühten nicht.

Sein Vater starb früh. Schon lange vorher mußte das Haus mit dem blühenden Baum verlassen werden. Die nahe Stadt wurde für die Heimat. Aber das Lied ging mit in die Stadt, und das Kind hörte es und zu den Baum der frühesten Jugend singen.

Der kleine Mensch lebte am Rande der Stadt und wurde größer. Als er zwölf Jahre alt war, überwuchs sein Herz noch einmal ein blühender Baum, der Baum der Dichtkunst. Auch dieser Baum blühte und sang! Das Spiel und Gegenpiel der Bilder und Wohlkänge nahm ihn ganz gefangen. Die ersten Verse waren Verse auf den Römer Scänola, den Helden der alten Sage, der die Hand ins Feuer streckte und alle Schmerzen verachtete. Alle Schmerzen und alle Feinde. Auch das Kind brannte wie jener Mensch, als es das erste Gedicht schrieb. Es erlebte das Wunder vom singenden Baum.

„Karl!“, sagte eines Tages die Mutter, „Karl, du machst ja Gedichte! Aber eins verstehe ich nicht, das von dem Römer meine ich. Gibt es doch keine Römer mehr. Aber es gibt Vögel und Blumen und Eisen. Davon solltest du schreiben. Oder vielleicht vom Wald.“

Die Mutter war eine alte Frau. Sie verstand keine Gedichte mit brennenden Händen mehr. Es gab Vögel und Blumen und große Wälder, und aus ihrer Kindheit wachte sie noch von den Mondphasen, die über die Wiesen ihrer Heimat getanzi hatten. Aber vielleicht halten die Eisen gar nicht getanzi, vielleicht war ihr Schimmer in dem alten Herzen nur der Abglanz einer heftigen und wunderlichen Sehnsucht.

Karl hatte niemals Eisen gesehen.

Sie tanzten nicht durch die heißen und dumpfen Kammern der armen Leute. Vielleicht wehten sie fern und kühl über betaute Silberwiesen. Auf den Vorstadtwiesen waren sie niemals. Und als er trotzdem, um die Mutter zu erfreuen, von den tanzenden Mondgeistern schrieb, erschrak er. Nein, seine Hände brannten nicht und auch der blühende Baum blieb stumm. Es war, als sei er noch einmal erschossen worden. Dann kam größere Not und bessere Einsicht in das Leben. In das blaue Heil, in dem schon die Verse auf den Römer standen, marschierten rebellische Lieder ein. Karl ließ rote Fahnen flattern und die Arbeiter kämpfen. Da brannten seine Hände! Da jubilierte der blühende Baum!

Von Karl Sommerschuh wäre noch viel zu erzählen. Nur das sei heute gesagt, daß er den schmutzigen Weg der Armut ging und mit seinen Freunden und Kameraden in die Fabrik zu den Maschinen kam, als es Zeit war, das Brot zu verdienen, das bittere Brot für sich und das süße Brot der Nichtstuer. Aber er war kein Arbeiter, an dem die Meister große Freude haben. Er lief davon und verfluchte sich ohne Begeisterung in vielen anderen Berufen. Dann frustrierte er durch Deutschland und war an dem Tage, als ich ihn kennen lernte, auf der Wanderschaft in Italien.

„Du weißt ja gar nicht, wie verrückt ich war, als ich die Grenze überschritt!“, sagte er am zweiten Tage unserer Freundschaft. „Ich war sinnlos glücklich. Besoffen vor Glück, wenn du willst. Hast du schon mal was sehr Schönes geträumt? Natürlich, ja, aber hast du dann auch das Geträumte wirklich gesehen und in den Händen gehalten? Siehst du, so geht es mir jetzt: ich halte es in den Händen!“

Das war am Luganer See und wir wanderten nach Como, im Anblick der Berge erzählte er die Geschichte vom singenden Baum. Wie eine Kullisse war die Landschaft aufgebaut, man sah das leuchtende, blaue Wasser des Sees, über den Segler lauften. Vor den steilen Bergwänden und an stillen Buchten lagen weiße Dörfer, viele erquickende Windföhrer kamen von den Schneebergen hinter uns, und die Sonne war über uns und vor uns.

„Ja“, sagte Sommerschuh, „und jetzt ist wieder so ein verdammter Schatten da, ein Mann, der den Baum erschöpf. In Zürich habe ich drei Tage im Gefängnis gesessen und sollte abgeschoben werden aber ich bin getürmt und habe noch zwei Freie und will nach Rom. . . Ja, und wie kam ich denn auf André?“ setzte er unvermutet hinzu. „Ich habe André niemals gesehen und auch sein Bild nicht. Wie kommt nur André in meine Kindheitsgeschichte, und warum ist er der Mann, der den Baum erschöpf? Kannst du mir das erklären?“

„Immer ist neben uns ein Mann, der den singenden Baum erschöpf“, murmelte ich und sagte dann ein wenig von oben herab: „Und das mit dem André? Das kann ich dir schon erklären! Die Sache ist nämlich so: du hast den Mann, der den Baum erschöpf, so fürchtbar geholt, daß du ihn später, unbewußt natürlich, mit jenem Ballon in die Eiswüste schicktest. Ist das jetzt klar genug?“

„Vollkommen klar“, antwortete er und wir marschierten weiter.

Kurz vor Mailand aber wurde Sommerschuh von einem Carabinieri auf der Straße angehalten und verhaftet. Ich konnte rechtzeitig türmen. Ja, so war es schon: immer ist bei uns ein Mann, der den singenden Baum erschöpf! Aber ich hatte scharfe

Augen und ließ mich nicht erschrecken. Als ich drei Wochen in Rom war, traf ich den Freund der ersten Wandertage wieder: Karl Sommerschuh. In Mailand hatte er einige Tage gefessen und war dann nach dem Süden getippt.

„Mann Gottes“, sagte er gleich bei uns in der ersten Stunde, „was sage ich, oder vielmehr, was sagtest du: ‚Immer ist bei uns ein Mann, der den singenden Baum erschöpf!‘“ Aber er läßt sich ja gar nicht erschrecken. . . Ich habe in Mailand Zeit gehabt, darüber nachzudenken. Sie können ja unsere singenden Bäume gar nicht totschließen! Das ist mir endlich klar geworden. Das Wort

Hindenburg, hilf!



Der Bürgerfloh: „Meine beiden Beine habe ich jetzt fest beisammen. Aber um stehen zu können, brauche ich noch diese Krücke!“

ist nämlich wie ein singender Baum, und die nach uns ziehen, treffen sich ins eigene Herz. Ist dir das klar?“ fragte er ein wenig von oben herab in demselben Tonfall, mit dem ich damals schloß, als mir der Zusammenhang klar wurde über den Mann, der den Baum erschöpf, und den Mann, der in der Wüste des Eismeeres unterging. „Vollkommen klar, Sommerschuh“, antwortete ich und wer tippten nach dem Kolozeum. Später sahen wir in einer kühlen Osteria und bei einer Flasche Frascati sprachen wir über viele Dinge, und über uns stand ein blühender Baum und rauschte und sang.

Kinder Gottes.

Von Adolf Ulber.

In der Rue de Chabrol in Paris liegt das Hotel populaire. Volkshotel. Herberge des Proletariats. Die Besitzerin ist die Heilsarmee. Alle Kinder Gottes sind in ihren Kammern willkommen.

Ein dunkler, langer, schmaler Lorweg, an dessen Ende eine trübe Gaslaterne spärliches Licht spendet, führt zum Eingang der Herberge. Da tritt man an einen Verschlag mit einem Schließenschieber und nennt seinen Namen. Irgendeinen Namen. Der wird in das Gästebuch eingetragen, man zahlt einen Frank fünfzig und erhält eine Nummer zugerufen. Das ist die Nummer der Vagerstätt, auf der man dann in der Nacht seinen müden Körper ausstrecken kann. Bevor man hinausgeht, bekommt man zwei weisse Decken ausgehändigt.

Reben dem Verschlag ist ein großer quadratischer Raum mit langen Tischen und Holzbank. Der Speisesaal. Hier haben die Männer und löffeln ihre Gemüseluppe mit Fleisch. Schlürfen Kaffee oder Schokolade mit Brot. Für sechzig Centimes die Portion. Die Wände sind grau und fahl, niedrig die Decke, von der eine Gaslampe mattes Hell verbreitet. Es stinkt nach Schweiß und veraltetem Damp. Seit langer Zeit ungemaschene und ungekammte Menschen dümpeln sich aus. Beider Tabakgeruch schwebt sich dazwischen. Und dampfende Suppen und Kaffee.

Hier finden sich die Menschen zusammen. Die tagsüber betteln und Zigarettenstummel in den Straßen auflesen. Die zerlumpt auf den Bänken der Boulevards müde, dumpf, teilnahmslos für alles, ihre ausgemergelten Gestalten von der Sonne beschienen und erwärmen lassen. Das große Leben brandet an ihnen vorüber. Es rauscht und singt und tänzelt. Es rattert in Luxusautomobilen. Rädert durch Seide und Pelzmerte schöner Frauen. Strömt durch selbstige, fimmerregende Parfüms. Das Leben, das große Leben.

Aber sie sehen es nicht und hören es nicht. Sind so müde, stumpf, dumpf. Der Hunger tut nicht mehr weh, ist zur Gewohnheit geworden. Nur die Sonne scheint auch für sie, die kann ihnen niemand streitig machen. Selbst nicht die in den Luxusautos. Ja, die Sonne! Wie sie den Nacken wärmt und den Rücken. Den Kopf ganz tief hängen lassen, damit die Strahlen von oben hineinkriechen können. Ist doch ein guter Vater, der liebe Gott, der alle seine Kinder erwärmt durch den Himmelssofen. Reiche und arme. Alle Menschen sind doch Kinder Gottes. Auch die, die auf der Straßentank sitzen, müde, dumpf und stumpf.

Zweihundert Männer kommen Abend für Abend in die Herberge der Heilsarmee. Jede Vagerstätt findet einen Körper. Aber nur, wenn die Nächte kalt sind oder regnerisch. In der warmen Jahreszeit sparen die Leute das Geld und schlafen in den öffentlichen Parks, auf den Kirchentritten, unter den Brücken. Oder in Karussellschaukeln auf den vielen Rummelplätzen von Paris. Jeder hat da seinen Platz. Zwei bei Zwei in jeder Schaukel. Immer die gleichen Paare in der gleichen Schaukel. Hat ein anderer es sich bereits bequem gemacht in dem Abteil, sagt man:

„Das ist mein Platz.“
Und ohne Widerspruch torkelt der Eindringling nun dorthin. Ungeliebte Befehle der Ausgesessenen, die von der ganzen Gemeinschaft respektiert werden. Die Karussellschaukel haben ein gutes Herz, denn sie tun ja, als ob sie nicht sähen, was nachts sich in ihren Schaukeln ereignet.

Der Trieb der hungrigen Obdachlosen in warmen Nächten führt sie ins Freie. Sie verwünschen den Winter, der sie zur Zuflucht zwingt bei der Heilsarmee in stickige stinkende Räume. Aber die Männer der Heilsarmee sind gut und milde. Fragen nicht nach Namen und nicht nach Papieren. Sie wissen, wer ihre Gäste sind: Menschen, Kinder Gottes.

Haben einen kleinen Bekraum eingerichtet, in dem sie Andacht über mit den Zerlumpten, vom Schlaflos Verstohlenen. Freiwilliger Gottesdienst, niemand ist gezwungen, daran teilzunehmen. Blasse Soldatinnen singen fromme Lieder. Eine Ziehharmonika und Lauten begleiten. Unter den großen Hüten scheinen die Gesichter der Häftlinge amüßlich wehmütig. Ihr Gesang ist Glaube, Sehnsucht, Inbrunst. Und die bärtigen Männer, dreißig das Gesicht, die Hände; verächtlich zerissen, nussend die Kleidung; verlaunt, stumpf, verschüchtert — sie hören da und lauschen. Halten in den Händen die schäbigen Krüge oder uralte Hüte, aus denen das Futter heraushängt. Kragen sich schen-verstohlen den Kopf, den Rücken, aus Scheu vor den singenden Frauen da vorn. Und hören Choralsing. Und Harmonika und Lautenklang. Und Worte von himmlischer Liebe und Gerechtigkeit. Dumpf, brütend sitzen sie da wie bärenhafte Urwaldbewohner. Sagt man das ihnen? Liebe . . . Gerechtigkeit . . . gilt das ihnen? Schreit nicht jemand auf? Reist nicht so ein Bärenmensch die Glieder? Reist er nicht die Häute empor, daß erschöpfte Muskeln sich hörbar straffen? Nein, nein, nein. Jaht um Jaht, Tag um Tag im Elend und Hunger, das zermüht Körper und Geist. Macht unfähig auch nur zu einem einzigen Schrei der Empörung. Müde, müde, blöde, dumpf. Is mir alles ganz egal. Ganz egal.

Der Herbergsvater, Offizier der Heilsarmee, hält die Predigt. Spricht zu der Bagabundengemeinde leise, eindringlich, gleichsam zu jedem einzelnen besonders. Kennt sie seine lieben Freunde und Brüder in Christo. Erzählt: Der letzte auf Erden wird der erste im Himmel sein. (Na, wenn schon. Is mir alles ganz egal.) Und predigt vom Durst der Seele und vom erquickenden Labetrunn des Glaubens.

„Wer von euch, liebe Freunde und Brüder in Christo, hat Durst? Wer von euch will erquickt werden? Der trete vor und bekomme!“ Keiner regt sich. Alle stieren vor sich hin. Nur einer murmelt durch die Zähne: „Ich habe Durst — aber nach einem Schnaps.“

Wenn die Andacht beendet ist, geht alles in die Schlaftüte. Jeder sucht seine Nummer auf. In den langen halb dunklen Räumen herrscht eine Lust zum Erstickten. Da liegen die Menschen eng nebeneinander, und die Reuankommenden stolpern über sie hinweg. Da wird geflücht. Da hustet einer zum Erbarmen. Nebenher schnarcht einer wie ein grunzendes Ungeheuer.

Schweineerei, verfluchte! Ruhe für wenige Augenblicke. Dann geht es in irgendeiner Ecke wieder los. Fast alle liegen angelehnt in ihre Decken eingehüllt. Nur die Stiefel werden ausgezogen. Aber auch die behält mancher an den Füßen, weil sie unentwirrbar durch Bindfäden zusammengehalten werden. Würden die Bänder gelöst, zerfielen die Schuhe in sich selbst.

Um elf Uhr abends werden die Gaslaternen in den Schlaftüben noch niedriger geschrubt. Nun herrscht fast vollständige Dunkelheit. Die Luft wird immer unerträglicher. Schaurig tönt vom Nebentraum bellender Hüllen herüber. Irgendwo redet einer im Schlaf. Es klingt wie: Is mir alles ganz egal. . .

Um zwölf Uhr schlürft der Aufseher auf Filzsohlen durch den Saal und dreht die Laternen ganz aus. Sorgt der liebe Gott für seine Kinder und löst den Mund feist und sahl durchs Fenster lächeln. . .

Kanossa.

Vor 850 Jahren, in den Tagen vom 25. bis 28. Januar 1077, stand der deutsche Kaiser Heinrich IV. als Büsser im Schnee auf dem Hofe des Klosters Kanossa in Norditalien, um die Verzeihung des Papstes Gregor VII. zu erlangen. Man hat diesen Schritt bis vor kurzem immer als eine große Demütigung des Trägers der weltlichen Macht in Deutschland vor dem höchsten Kirchenfürsten angesehen, und in diesem Sinne hat auch Bischof von Mainz ein Wort geprägt: „Nach Kanossa gehen wir nicht!“ In Wirklichkeit ist der Gang nach Kanossa eine politische Großtat ersten Ranges gewesen, durch die der Kaiser dem Papst eine entscheidende politische Niederlage bereitet. Schon seit langem lagen Kaiser und Papst im Streit über ihre Vorrechte. Gregor hatte die volle Freiheit der Kirche gefordert; und hatte weiter verlangt, daß der Papst als Stellvertreter Gottes auf Erden auch den weltlichen Staat beherrsche. Da er begehrt sogar das Recht, den Kaiser absetzen zu können. Das sei, so meinte er, das von Gott gewollte Recht des römischen Bischofs. Der Kaiser wiederum wollte nicht auf das Recht verzichten, die Geistlichen seines Landes in ihrem Amte zu bestätigen und sie mit Ring und Stab als Zeichen der weltlichen Oberhoheit zu belehnen. Auch dieses Recht nahm der Papst für sich allein in Anspruch.

Als nun Heinrich durch den Papst zum Gehorsam gegenüber dem Apostolischen Stuhle aufgefordert worden war, berief der Kaiser ein deutsches Nationalkonzil ein und erklärte zusammen mit 24 deutschen Bischöfen den herrlichen Papst für abgesetzt. Die Antwort darauf war, daß der Papst den Bannfluch gegen den Kaiser schied. Dadurch wurde dem Kaiser die Ausübung aller Regierungsbefugnisse verboten und seine Untertanen wurden aller Eide gegen ihn ledig gesprochen. Diesen Bannfluch benutzten die zahlreichen Feinde Heinrichs, ihn zu stürzen. Sie erklärten, der Kaiser solle seiner Würde verlustig gehen, falls er nicht innerhalb eines Jahres sich vom Bannfluch des Papstes gelöst habe. Es galt also jetzt für Heinrich, den von den feindlichen deutschen Fürsten vorgeschätzten Rechtsgrund hinläßig zu machen, Gregor zur Aufhebung des Bannfluchs zu bestimmen und so die Gegner — den Papst und den Fürsten — voneinander zu trennen.

Aus dieser klugen Erwägung heraus ging Heinrich nach Kanossa. Nun mußte das geistliche Oberhaupt den Schritt tun, den der schlaue Politiker so gern verniedert hätte. Er mußte den Bannfluch aufheben und damit das von ihm selbst so kostvoll gemobene Reg seines intriganen Nachstrebens zerreißeln. Die Fürsten wählten zwar den einen Gegenkönig gegen Heinrich, aber der Papst konnte nun nicht mehr gegen den Kaiser auftreten, weil dieser sich so der Gewalt Gottes „unverworfen“ hatte. So hatten die Fürsten, nachdem sie vom Papste verlassen worden waren, eine starke Stütze beim Volke verloren und konnten sich nicht gegen Heinrich, den Bannflucher der Reichseinheit, behaupten. Ihre Jörn darüber richtete sich gegen den Papst selbst, und damit hatte der Gang nach Kanossa seinen Zweck erfüllt. Als Heinrich zum zweiten Male gegen Gregor auftrat, zeigte es sich, daß der Papst die allergrößte Zahl seiner Anhänger in Deutschland eingebüßt hatte. Er mußte vor dem Kaiser aus Rom fliehen und starb später in der Verbannung. Der Kanossengang ist demnach ein außerordentlich kluger politischer Schachzug Heinrichs gewesen, der durch ihn die Grundlage zum Siege über den Papst legte.

Lebenslanglich vorausgezähltes Kollgeld. Eine große Londoner Gesellschaft, die mehrere Hotels und etwa hundert Speisewirtschaften besitzt, hat mit einem Gast jeden einen originellen Vertrag abgeschlossen. Der Betreffende hat gegen Zahlung von 500 Pfund Sterling das Recht erworben, bis an sein Lebensende alljährlich zweimal in einem der größten Londoner Restaurants auf Kosten der Gesellschaft zu speisen. Der heute Biergenießende, der die immer empfindlicher werdende Verteuerung der Lebenshaltung fürchtet, mußte vor Ausfertigung der Police eine eingehende ärztliche Untersuchung durchmachen, auf Grund deren er als völlig gesund befunden wurde.

